

Dokumentationszentrum
Oberer Kuhberg Ulm e. V.
– KZ-Gedenkstätte –

Mitteilungen

Heft 70 / Juni 2019

NS-Zwangssterilisation und -„Euthanasie“

Heft
70

Aktuelle Forschung

Ulmer Gedenkbuch

Erinnerungszeichen am Landgericht

Mitgliederversammlung des Vereins · Fr., 12. Juli 2019 · 17 Uhr in der vh Ulm

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten die 70. Ausgabe der „Mitteilungen“ des DZOK in Ihren Händen. Heft 1 erschien unter diesem Namen im November 1983, seitdem hat sich das Heft langsam, aber beständig verändert – erstmalig in diesem Heft mit Farbfotos auch im Inneren. Vielleicht erkennen Sie auf dem Titelbild das eine oder andere Heft, das Sie besonders berührt hat oder Sie entdecken noch Lücken.

Eine Leerstelle in der Ulmer Erinnerungskultur bildet bis heute das Gedenken an die zahlreichen, bis heute weitgehend unbekanntem Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden. Viele von Ihnen wissen bereits, dass mit der Einweihung eines Erinnerungszeichens am Ulmer Landgericht, dem Standort des ehemaligen Erbgesundheitsgerichts, und der Herausgabe eines Gedenkbuchs für beide Opfergruppen besondere Aktivitäten im Herbst 2019 geplant sind. Hintergründe hierzu liefert dieses Heft.

So gibt Thomas Stöckle als Leiter der „Euthanasie“-Gedenkstätte Grafeneck Einblicke in die Forschungssituation auf Landesebene. Die Kulturwissenschaftlerin Dr. Gudrun Silberzahn-Jandt lässt die Leser*innen als Autorin des Gedenkbuchs an Zwischenergebnissen und persönlichen Reflexionen teilhaben. Außerdem stellen wir Ihnen den aktuellen Stand des Gesamtprojekts im Überblick sowie die Planungen zu dem vielfältigen Begleitprogramm vor. Diese Aktivitäten erstrecken sich vom Einweihungstag des Erinnerungszeichens am 27. Oktober 2019 bis zum Holocaustgedenktag am 27. Januar 2020. Impressionen von der Sonderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“, die im Mai 2019 auf Initiative der ig mittendrin in der vh Ulm zu sehen war, runden das Schwerpunktthema ab.

Wie immer berichten wir natürlich aus der aktuellen Arbeit des DZOK – aus dem Archiv und der (Bibliothek-)Pädagogik und vom letzten Stiftungsjahrestag. Ich freue mich, dass sich immer wieder unsere Vereinsmitglieder und freiwillige Guides im Heft vorstellen. Außerdem präsentieren wir neue Gedenkprojekte geschätzter Mitstreiter*innen aus der Region. All diese Aktivitäten werden getragen von Menschen, die sich einbringen und einsetzen.

Dieses zentrale bürgerschaftliche Prinzip wird in den Mitteilungen seit dem ersten Heft greifbar und ist Kennzeichen unserer Arbeit. Das gilt auch für das neue Ulmer Erinnerungsprojekt. Deshalb auch an dieser Stelle eine herzliche Einladung zum gemeinsamen Engagement.

Es grüßt Sie



Ihre Nicola Wenge

Einladung zur Jahres-Hauptversammlung

des Vereins Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg
Berichte und Diskussion
Vorstandswahlen

Freitag, 12. Juli 2019, 17 Uhr

Volkshochschule Ulm, EinsteinHaus am Kornhausplatz, Club Orange

Mitglieder, Freundinnen und Freunde
sowie Interessierte sind willkommen!

Inhalt

Vorwort	2
Forschung auf Landesebene	3
Das Ulmer Gedenkbuch	6
Das Ulmer Erinnerungsprojekt	7
Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“	9
Begleitprogramm zum Erinnerungszeichen	10
Aus dem DZOK-Archiv	11
Erarbeitung einer Publikation zum bibliothekspädagogischen Projekt	12
Das Dialogprojekt „Lokrat“	13
Wandern für den Frieden	14
Neuer Gedenkort in Ehingen	15
Gedenkweg ehemaliges Waldwerk „Kuno“	15
Vorstellung eines neuen Guides	16
Stiftungsjahrestag zum EU-Skeptizismus	17
AG Gedenkstätten an Orten früher KZ	18
Das Museum „Hotel Silber“	19
Nachruf auf Uwe Schmidt	20
Neues in Kürze	21
Neue Bücher	24
Impressum	29
Veröffentlichungen des DZOK	30
DZOK-Veranstaltungen Sommer/Herbst	31
Förderer dieser Nummer	32
Beitrittserklärung	32

Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“

Die Verbrechen in Baden-Württemberg 1933 bis 1945

Der Historiker und Leiter der Gedenkstätte Grafeneck führt in die historische Dimension der Verbrechen ein, benennt Forschungsdefizite und zeigt neue Trends der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas.

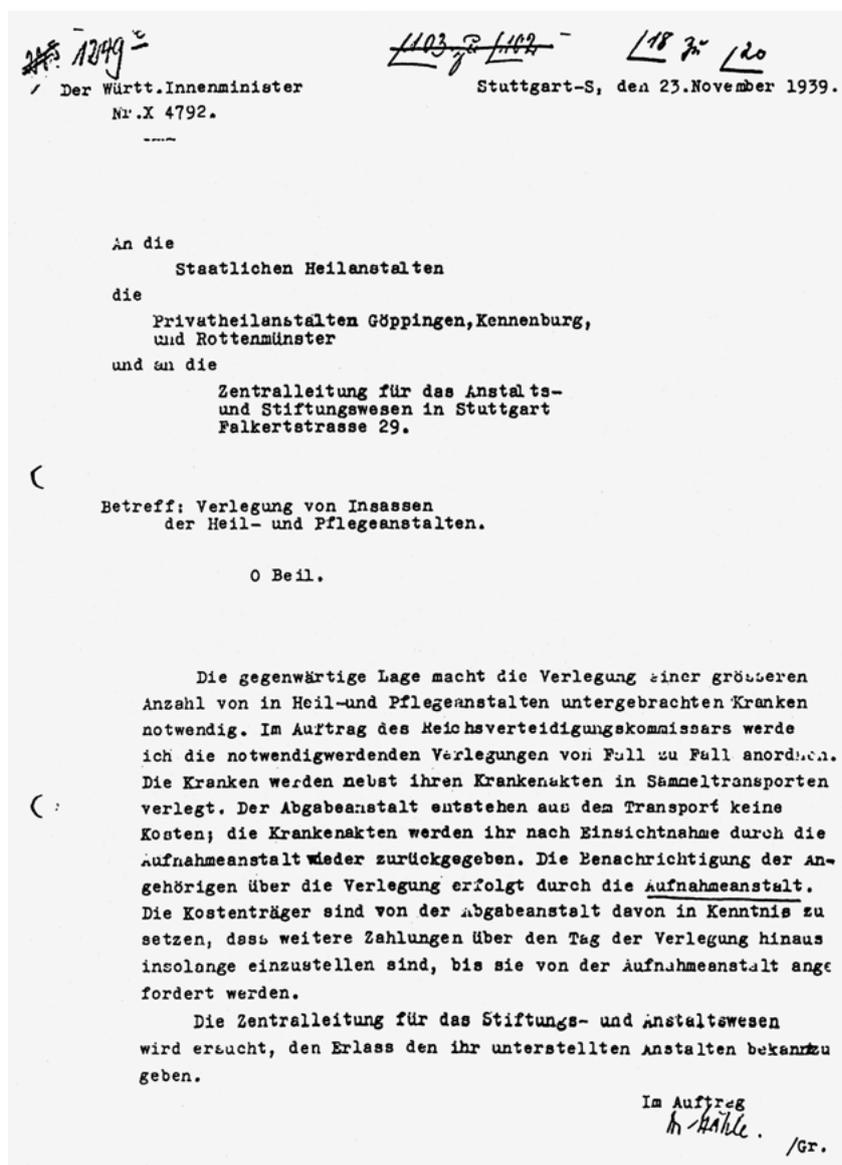
Thomas Stöckle

Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die historische Tragweite der NS-„Euthanasie“-Morde in Baden und Württemberg offenkundig. Die Medien berichteten, die Staatsanwaltschaften strengten Ermittlungen an, Gerichte sprachen 1948 und 1949 in Freiburg und Tübingen ihre Urteile über eine kleine Zahl von Tätern: Das ehemalige Behindertenheim Grafeneck bei Gomadingen war 1940 zu einer Menschenvernichtungsanstalt geworden. 10.654 Menschen, so stellte das Schwurgericht Tübingen 1949 fest, waren dort 1940 ermordet worden. Mehr als 500 weitere Patientinnen und Patienten aus Baden und Württemberg wurden 1941 im hessischen Hadamar bei Limburg an der Lahn ermordet. Zudem wurden nach der sogenannten „Aktion T4“ der Jahre 1940/41 noch Tausende von Menschen direkt in den Kliniken und Heimen Südwestdeutschlands zu Tode gebracht, durch gezieltes Ermorden mit Hilfe von Medikamenten und Nahrungsentzug. Bis heute sind diese Vorgänge der sogenannten dezentralen „Euthanasie“ nur in Ansätzen erforscht. Vieles, so lässt sich vermuten, wird angesichts der Quellenlage auch nicht mehr zu klären sein. Diese nüchterne Bilanz, die weder das Leid der Opfer noch das ihrer Angehörigen angemessen thematisiert, wird aber erst vervollständigt durch die Erkenntnis, dass bis zum Kriegsende in Baden und Württemberg mehr als 20.000 Frauen und Männer zwangsweise und oft gewaltsam sterilisiert wurden. Während die Morde von Grafeneck außerhalb gesetzlicher Regelungen begangen wurden und deshalb von Seiten des Staates und der beauftragten Organe der Versuch der Geheimhaltung gemacht wurde, waren die Zwangssterilisationen gesetzlich geregelt. Die Fälle wurden an sogenannten Erbgesundheitsgerichten flächendeckend in Baden und

Württemberg, auch in Ulm, verhandelt. Die Urteile wurden von vielen Kliniken und Krankenhäusern im ganzen Land vollstreckt. Das Ulmer städtische Krankenhaus war eines der ersten, das sich beim Innenministerium des Landes Württemberg um eine Erlaubnis zur Durchführung der Zwangssterilisierungen beworben hatte.

Beide Komplexe, die NS-„Euthanasie“ ebenso wie die Zwangssterilisation,

spielten im öffentlichen Bewusstsein der deutschen Nachkriegszeit keine große Rolle. Eine angemessene Entschädigung der Opfer wurde verweigert. Das galt auch für die rechtliche Anerkennung dieser Gewaltmaßnahmen als NS-Unrecht. Beide Verfolgtengruppen gehörten lange zu den vergessenen Opfern der NS-Zeit. Ein zentrales und nationales Mahnmal für die Opfer der NS-„Euthanasie“ wurde erst 2014 in der Tiergartenstraße 4 in Berlin errichtet.



Runderlass des Württembergischen Innenministers vom 23. November 1939, der den „Heilanstalten“ die „Verlegung“ von Patient*innen ankündigt. Foto: Archiv Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum



Das 1911 errichtete Landwirtschaftsgebäude diente 1940 der Ermordung von über 10.000 Menschen in Grafeneck. Die Opfer wurden in einem Teil des Gebäudes in einer Gaskammer mit Kohlenmonoxidgas erstickt. Das Gebäude wurde 1965 abgerissen. Foto: Archiv Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum

Winfried Kretschmann war 2015 der erste amtierende baden-württembergische Ministerpräsident, der die Gedenkstätte Grafeneck besuchte.

Forschungsschwerpunkte – Täter und Opfer

Die Forschungen der letzten Jahre gehen verstärkt in zwei Richtungen: Zum einen rücken unübersehbar die Opfer dieses staatlichen Gewaltverbrechens immer mehr in den Mittelpunkt. Dies geschieht durch Familienangehörige selbst, aber auch durch Bürger- und Stolpersteininitiativen, Stadtverwaltungen und Stadtarchive und nicht zuletzt durch die Einrichtungen wie Kliniken und Heime, aus denen die Opfer oftmals in die Vernichtungszentren wie Grafeneck deportiert wurden. So entstanden in den letzten Jahren eine Vielzahl von Arbeiten, von denen hier nur zwei stellvertretend, gleichzeitig aber auch würdigend, genannt werden sollen: es ist die bahnbrechende Studie von Gudrun Silberzahn-Jandt zu Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden in der Stadt Esslingen und die biografische Annäherung von Dagmar Waskiewicz an ihre Tante Else Ehekircher, die 1902 in Ulm geboren und in Grafeneck 1940 ermordet wurde.

Ein zweiter Forschungsschwerpunkt ist zunehmend die Rolle der staatlichen Organe und Organisationen auf Länderebene und deren Personal. Dies beginnt bei den Landesministerien, umfasst Justizbehörden, das staatliche und freie Wohlfahrtswesen und reicht bis hin zu Städten und Gemeinden, Kliniken und Heimen samt deren Träger, Aufsichts- und Verflechtungsstrukturen. Gerade sie

hatten eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der NS-Politik. So war das Zusammenspiel zwischen den zentralen Behörden des Reichs – dem Innenministerium und der halbstaatlichen „T4“-Organisation – und den Innenministerien in Baden und Württemberg ein Garant und Charakteristikum des Verbrechenskomplexes „Euthanasie“. Unlängst beleuchtete ein großangelegtes Forschungsprojekt die Geschichte der Landesministerien in der NS-Zeit und zeigte, dass ohne deren aktive Mitwirkung sowohl Zwangssterilisation als auch „Euthanasie“ in dieser radikalen, flächendeckenden und im Sinne des NS-Systems effizienten Form nicht möglich gewesen wären. Die Forschung konstatiert hier eine weitgehende Kongruenz von Vorstellungen und Zielen der staatlichen und parteiamtlichen Institutionen, Organisationen und Sonderbehörden auf Reichesebene und denen der südwestdeutschen Innenministerien. Die leitenden Beamten in den jeweiligen Gesundheitsabteilungen, die Ministerialräte und Obermedizinalräte Dr. med. Ludwig Sprauer in Karlsruhe und Dr. med. Eugen Stähle in Stuttgart, fügen sich nahtlos in einen Interpretationsrahmen ein, der den NS-Staat als eine biopolitische Diktatur beschreibt.

Eine neue Interpretation – der NS-Staat als biopolitische Diktatur

In der Retrospektive wird deutlich, dass sowohl die Verbrechen der nationalsozialistischen Zwangssterilisation als auch der NS-„Euthanasie“ eine lange bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Vorgeschichte besitzen. Beide Verbrechenkomplexe sind

jedoch ohne die Entstehung der NS-Diktatur und was die „Euthanasie“-Verbrechen angeht, ohne den 1939 beginnenden Krieg, schwer, beziehungsweise nicht denkbar. Der deutsche Staat seit 1933 kann als eine biopolitische Diktatur interpretiert werden. Diese hatte zum Ziel, so die klassische Formulierung des Bielefelder Historikers Hans-Walter Schmuhl, „die Kontrolle über Geburt und Tod, Sexualität und Fortpflanzung, Körper und Keimbahn, Variabilität und Evolution an sich zu bringen“.

Dreh- und Angelpunkt dieser biopolitischen Diktatur war aber gerade nicht der Staat, sondern ein imaginiertes idealtypisch homogenes Volk, der „Volkkörper“ oder die „Volksgemeinschaft“, die als biologisch-organisches Wesen im wahrsten Wortsinn höherer Ordnung verstanden wurde. Noch nach dem Krieg argumentierte einer der maßgeblichen Vollstrecker der Zwangssterilisation und vor allem der NS-„Euthanasie“-Morde in Württemberg, Ministerialrat und Obermedizinalrat Dr. Eugen Stähle, in diesem Sinn. Er führte im Juni 1945 aus, dass der Arzt nicht nur Arzt des „Einzelindividuum, sondern Arzt der Nation, des Gesamtvolkes, der Volksgemeinschaft“ sei. Seine Ausführungen können als Kernsätze zum Verständnis des Nationalsozialismus als einer biopolitischen Diktatur gelesen werden: „Die Grundrechte des Einzelnen müssen vor den Grundrechten des Volkes zurückstehen. Wenn also der Einzelne das Unglück hat, erbkrank zu sein, muss er auf Fortpflanzung verzichten und kann es kein integrales Recht auf seine individuelle Fortpflanzung geben, sondern dieses Recht muss vor dem Recht der Volksgemeinschaft zurücktreten“. In seiner Aussage vom Juni 1945 verteidigte Stähle sein Handeln im Nationalsozialismus nachdrücklich. Er verteidigte sowohl die Zwangssterilisationen auf Grund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ seit 1934 als auch die „Euthanasie“-Morde in Grafeneck 1940 und damit seine aktive Rolle als leitender Beamter und Funktionär.

Die gesamte Zeit der zwölfjährigen Herrschaft des Nationalsozialismus durchziehen immer weiter ausgreifende und sich radikalisierende Exklusionsprozesse, die schließlich unter den Bedingungen des Krieges in die Vernichtung mündeten. Der Zwangssterilisation, der Zwangsabtreibung und dem Eheverbot für „Erbkranke“ folgte die Ausweitung dieser Maßnahmen auf die „Erbbelasteten“. Zugleich geht der NS-Staat gegen die so genannten „Asozialen“ oder „Gemeinschaftsunfähigen“ vor, zu denen ein immer umfangreicherer

Personenkreis gezählt wurde. Die „Euthanasie“-Morde waren End- und Höhepunkt dieser Radikalisierungsprozesse. Aus diesem Grund ist es aber auch notwendig, diese Verfolgungskomplexe zusammen zu denken. Nur so werden die dahinterstehenden biologistischen Konzepte deutlich. Ulrich Herbert nennt dies treffend die „Biologisierung des Sozialen“.

Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“

Die Umsetzung der „Rassenhygiene“ und der „Rassenpolitik“ begann unverzüglich nach der Machtübernahme. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurde von der neuen Reichsregierung am 14.07.1933 beschlossen und trat am 01.01.1934 in Kraft. Für seine Umsetzung waren die Innenministerien in Stuttgart und Karlsruhe – insbesondere auch hier wieder die Gesundheitsabteilungen – maßgeblich. Eine entscheidende Rolle spielten hierbei auf kommunaler und regionaler Ebene die in der Fläche entstehenden staatlichen Gesundheitsämter. 360.000 bis 400.000 Männern und Frauen, die nach dem Gesetz reichsweit zwangsweise sterilisiert wurden, wurde unvorstellbares Leid angetan. Nach einer Schätzung der Historikerin Gisela Bock kamen im Rahmen der Zwangssterilisierungen zwischen 5.000 und 6.000 Menschen – davon 90 % Frauen – zu Tode. Der geschlechtergeschichtliche Aspekt der NS-Zwangssterilisation wurde von der Forschung in den letzten Jahren deutlich herausgearbeitet. Das Gesetz wurde flankiert von einem gesamten Gesetzesbündel, zudem mehrfach novelliert und dadurch erweitert und verschärft. Hierzu zählte unter anderem das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln zur Sicherung und Besserung“, das am 16.10.1933 verabschiedet wurde und zu massiven Veränderungen im Strafvollzug und im Umgang mit psy-

chisch kranken Straftätern führte. Die Staatsanwaltschaften konnten diese nunmehr nach §42b RStGB direkt in Anstalten einweisen. Viele dieser Zwangseingewiesenen fielen 1940 der NS-„Euthanasie“ zum Opfer.

Forschungsdefizite und Ausblick

Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass bis heute keine Gesamtdarstellung zur Geschichte der Zwangssterilisation im deutschen Südwesten existiert. Nur einzelne Landesteile, Kreise, Städte und Kommunen können als vergleichsweise gut erforscht gelten. Auch was die NS-„Euthanasie“ angeht, kann hier nur ein gemischtes Fazit erfolgen. Für die zentrale Phase der „Euthanasie“-Verbrechen, die mit der sogenannten „Aktion T4“ in den Jahren 1940/41 aufs engste mit Grafeneck und darüber hinaus mit Hadamar verbunden ist, kann die Forschung trotz manch empfindlicher Lücken, als einigermaßen gut angesehen werden. Jedoch ist unübersehbar, dass für die Jahre 1941 bis 1945, die Phase der sogenannten dezentralen „Euthanasie“, noch vieles unerforscht ist. Wichtige Erkenntnisse lieferten wenige Pionierstudien. Zu nennen wären hier die monumentale Arbeit von Heinz Faulstich über das Hungersterben in der Psychiatrie und manch lokale Studie, wie die im Erscheinen begriffene von Daniel Hildwein über das Schicksal der Patienten des Christophsbad Göppingen. Dieses Forschungsdefizit hat mit Sicherheit einerseits mit der Schwierigkeit des Forschungsgegenstandes zu tun. In der dezentralen „Euthanasie“ lässt sich das behördlich angeordnete massenhafte Sterben von Menschen in Kliniken und Heimen kaum von den Folgen von Kriegsumständen, Krankheiten, Hunger und Mangelwirtschaft unterscheiden. Vielleicht führt dieser Umstand aber auch zu der Erkenntnis, dass umstandslos alle Menschen, die in dieser Zeit ihr Leben in Einrichtungen zu fristen hatten, als Opfer bezeichnet werden können.

2018 erschienen zwei neue kommunale Gedenkbücher für die Opfer von Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden zu München und Landshut, die wie Gudrun Silberzahn-Jandts Untersuchung zu Esslingen historische Informationen mit einem individuellen Opfergedenken verknüpfen. Diese lokalen Gedenkbücher zeigen anschaulich, dass neue und eindrucksvolle Wege zur Verbindung von Forschung und Gedenken besritten werden. In diesem Zusammenhang ist auch das geplante Gedenkbuch zu Ulm zu verorten.

INFO

Zur Einweihung des Ulmer Erinnerungsschildes am 27.10.2019 zeigt das Landgericht Ulm in seinen Räumlichkeiten die Wanderausstellung „Krankenmord im Nationalsozialismus – Grafeneck 1940. ‚Euthanasie‘-Verbrechen in Südwestdeutschland“ mit einer lokalen Ergänzung zur Rolle des Erbgesundheitsgerichts Ulm. Thomas Stöckle ist als Gastredner zum Einweihungstag eingeladen.

LITERATUR

Aly, Götz:

Die Belasteten: „Euthanasie“ 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt/M. 2013.

Bock, Gisela:

Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1986.

Cranach, Michael von [u. a.] (Hg.):

Gedenkbuch für die Münchner Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. Göttingen 2018. (Rezension s. S. 24f.)

Faulstich, Heinz:

Hungersterben in der Psychiatrie 1914-1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie. Freiburg/Br. 1998.

Fischer, Moritz:

Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in Landshut: Das Erbgesundheitsgericht Landshut und die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. Landshut 2018. (Rezension s. S. 25f.)

Schmuhl, Hans-Walter:

Das „Dritte Reich“ als biopolitische Entwicklungsdiktatur: Zur inneren Logik der nationalsozialistischen Genozidpolitik. In: *Tödliche Medizin: Rassenwahn im Nationalsozialismus.* Berlin 2009. S. 8-21.

Silberzahn-Jandt, Gudrun:

Esslingen am Neckar im System von Zwangssterilisation und „Euthanasie“ während des Nationalsozialismus: Strukturen – Orte – Biographien. Esslingen 2015.

Stöckle, Thomas:

Grafeneck 1940: Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland. 3. Aufl. Tübingen 2012.

Stöckle, Thomas:

Grafeneck 1940 – die Verbrechen von Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ in Baden und Württemberg 1933 – 1945. In: Steinbach, Peter [u.a.] (Hg.): *Entrechtet – verfolgt – vernichtet: NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten.* Stuttgart 2016. S. 143-195.

Waskiewicz, Dagmar:

Spurensuche: Else Ehekircher – Ein vergessenes Opfer der Euthanasie. 2. Aufl. Gerolzhofen 2017.

Menschen und nicht nur Opfer

Akten zu Zwangssterilisation und „Euthanasie“ lassen die Abläufe dieser Verbrechen darstellen. Sie zeigen das ideologische Denken der Entscheidungsträger, geben Hinweise auf manche weitere Beteiligte und lassen zuweilen Gefühle erkennen. Dies alles verdrückt sich in Papier, das fein säuberlich oder mit leichten Schimmelspuren, zuweilen aber auch durchgenässt und wieder getrocknet, archiviert wird. Eine Vorstellung einiger Zwischenergebnisse und eine persönliche Reflexion zu einem schwierigen Thema.

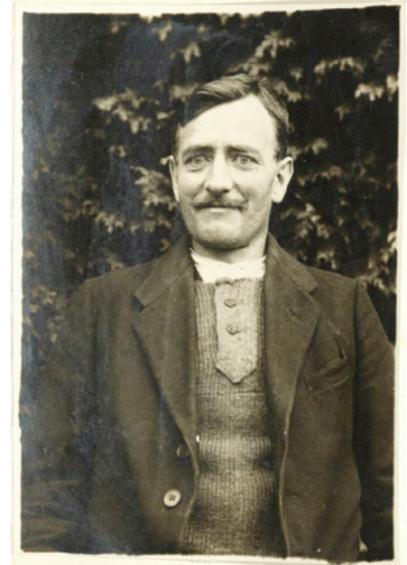
Gudrun Silberzahn-Jandt

In der rassistischen Politik und Ideologie des Nationalsozialismus war die Schaffung einer „gesunden Volksgemeinschaft“ ein zentrales Ziel. In dieser hatten die Interessen des Individuums keinen Platz. Als erste rassenpolitische Maßnahme wurde am 14. Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen, auf dessen Grundlage Männer und Frauen mit bestimmten Erkrankungen oder Eigenschaften sterilisiert wurden. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs war zulässig. Der Erfassung, Auslese und Verfolgung von als krank oder behindert bezeichneten Menschen folgte ab 1940 die Vernichtung – zunächst in den Tötungsanstalten, dann dezentral in Kliniken.

1155 Männer und Frauen wurden von Januar 1934 bis zum 21.12.1944 im Amtsgerichtsbezirk Ulm nach einem Urteil des Ulmer Erbgesundheitsgerichts zwangssterilisiert, weil sie in „erbbiologischer“ oder „sozialer“ Hinsicht als „minderwertig“ eingestuft wurden. Diese menschenverachtenden Urteile fällten Ulmer Juristen und Mediziner; die Eingriffe wurden überwiegend im städtischen Krankenhaus in Ulm durchgeführt. Mindestens 170 als krank klassifizierte Menschen, die in Ulm geboren waren oder hier lebten, wurden ab 1940 bei einer der verschiedenen „Euthanasie“-Aktionen ermordet. Trotz intensiver Forschung und der Sichtung von Akten aus Berlin, Sigmaringen, Ludwigsburg, Stuttgart, Ulm, Kaufbeuren, Göppingen und dem Kontakt zu weiteren Archiven, muss diese Zahl stets mit dem Hinweis plus X versehen werden.

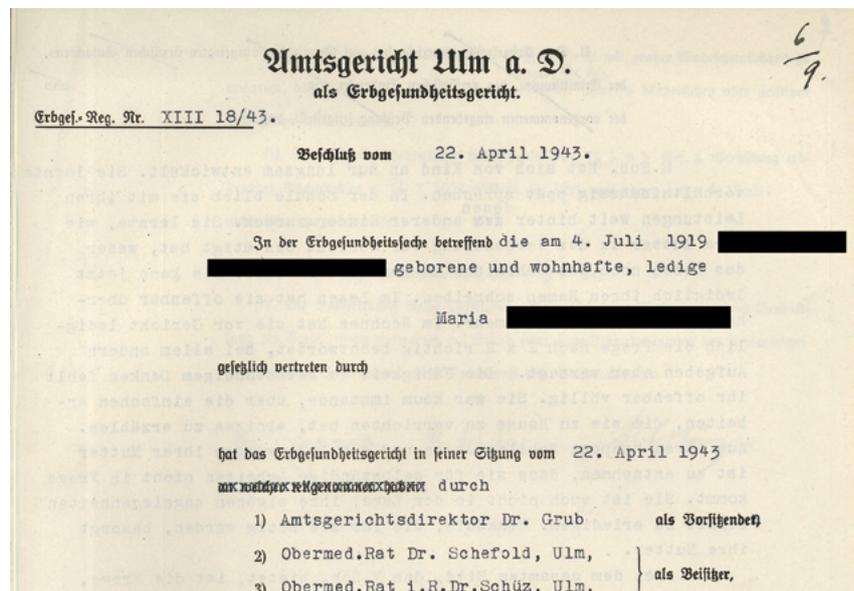
Hinter diesen Zahlen steht jedes einzelne Schicksal eines Betroffenen, das sich jedoch meist nur über Kranken- oder Gerichtsakten aus Sicht der Pflegenden, Ärzte und Juristen präsentiert. Von manchen der in Grafeneck, Hadamar oder Hartheim/Donau mit Kohlenmonoxid ermordeten Menschen konnte außer dem Namen sowie den Geburts- und Sterbedaten und dem Wissen über den Aufenthalt in der Tötungsanstalt kaum etwas recherchiert werden. Nur mit den Namen jedoch ist Gedenken möglich, werden die Menschen nicht ausschließlich als Opfer gesehen, sondern als Person, Individuum mit einer eigenen Geschichte, mit Familie und Freunden. Nur mit den Namen ist auch weitere Forschung möglich. In vielen anderen Fällen gelang es, umfänglichere Lebensgeschichten zu rekonstruieren und persönliche Dokumente in die Darstellung einzubeziehen, unter anderem auch Dank der Vorarbeiten der Ulmer Stolpersteininitiative, der Unterstützung von Stadtarchiv und DZOK sowie aufgrund von Kontakten zu Angehörigen.

Wie auch bei anderen Forschungen zu Verbrechen der NS-Zeit begegnet man als Forscherin den Opfern, aber auch den Täterinnen und Tätern nicht direkt, sondern vermittelt über Dokumente, die es zu entschlüsseln gilt. Die Handlungen, Meinungen und oft als wissenschaftlich getarnten vorurteilsbehafteten Einschätzungen der



Bernhard Ammann, hier 1936, wurde am 23. August 1940 in Grafeneck ermordet. Quelle: StASig WÜ 68-2 T3 65

Verfasser der Quellen zeigen sich in ihren Niederschriften: in deren oft abfälligen rassistischen Bemerkungen, in ihrem voyeuristischen Blick auf das Gegenüber, in ihrer die eigene Macht ausnutzenden Handlung. So schrieb Landesjugendarzt Max Eyrich über eine 18-jährige Frau aus Ulm, die er zur Sterilisation meldete, dass es sich um einen „schwer psychopathischen, asozialen debilen“ Menschen handle, dessen „Unfruchtbarmachung unbedenklich statthaft



Quelle: StA Ludwigsburg FL 30-18 Bü 152

und erbgesundheitlich dringend notwendig“ sei, da mit „ähnlich minderwertiger Nachkommenschaft“ zu rechnen sei.

Ein weiteres Beispiel rassistischer Menschenverachtung spiegelt sich in einem Gutachten des in Ulm niedergelassenen Nervenarztes Dr. Mayer über eine Frau, bei der nicht nur eine Sterilisation, sondern auch eine Zwangsabtreibung im 6. Monat gesetzlich legitimiert durchgeführt werden sollte. Er diagnostizierte „schlechte Erbeigenschaften“ wegen „angeborenen Schwachsinns“ sowie einer „äußerst ungünstig aussehenden Rassenmischung“, die an einen „Negertypus“ erinnere. Die Zwangsabtreibung wurde auf Grundlage des Gutachtens im städtischen Krankenhaus Ulm per Kaiserschnitt durchgeführt, der Embryo war bereits 30 cm groß.

Dieses Papier ist sauber, nicht geknickt, mit Schreibmaschine ausgefüllt und unterzeichnet vom Operateur, dem leitenden Chirurgen der Klinik, Prof. Dr. Heinz Friedrich. Die im Schreibzimmer der Klinik tätige Angestellte trug ihren kleinen Teil

zur bürokratischen Abwicklung des Verbrechens ebenso bei wie der bei der Verhandlung vor dem Erbgesundheitsgericht stets anwesende Justizsekretär oder der Bote, der persönlich den Brief an die Betroffenen mit der Aufforderung brachte, bei Gericht oder im Krankenhaus zu erscheinen. Von den vor das Erbgesundheitsgericht geladenen Frauen und Männern ist nur selten bekannt, mit welchen Gefühlen sie der Entscheidung entgegentraten. Doch gibt es auch seltene Einblicke in couragierten Widerstand gegen die Unrechtsjustiz und den Verfolgungsapparat. Ein Mann legte sich heftig mit dem Erbgesundheitsgericht an, denn er wollte nicht, dass allein schon durch den besonderen Umschlag, der dann vor seiner Zimmertür lag, alle anderen im Haus sehen konnten, wer ihm schrieb. Seinem Ärger gab er Ausdruck, indem er die Annahme dieses und weiterer so gestalteter Briefe verweigerte und auf Vertraulichkeit auch solcher Verfahren bestand. Die Sterilisation wurde gleichwohl durchgeführt. Die Verfolgten als Menschen und nicht nur als Opfer zu zeigen, ist

eine besondere Herausforderung. Sie beinhaltet auch, die pathologisierende und verachtende Perspektive der Akten nicht zu reproduzieren. Dies ist jedoch umso schwieriger umzusetzen, je weniger Informationen es jenseits dieser Akten gibt. Ein Drahtseilakt, den es bis zur Fertigstellung des Ulmer Gedenkbuchs zu bewältigen gilt.

INFO

Das Gedenkbuch für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden erscheint im Oktober 2019. Kulturwissenschaftlerin Dr. Gudrun Silberzahn-Jandt aus Esslingen erarbeitet die Darstellung der Tatzusammenhänge und beteiligten Akteure für Ulm. Sie ermittelt, soweit möglich, die Opferzahlen und verfasst Kurzbiografien der Ermordeten. Das Gedenkbuch soll etwa 170 Seiten umfassen. Es wird von der Stadt Ulm finanziert, redaktionell von Stadtarchiv und DZOK betreut und erscheint in der Schriftenreihe des DZOK.

Lokales Gedenken auf neuen Wegen

Das Ulmer Erinnerungsprojekt im Überblick

Was sind die wichtigsten Ziele, Etappen und Akteure des Erinnerungsprojekts für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden? Ein Blick hinter die Kulissen von

Nicola Wenge

Ulm verfügt über eine reiche Erinnerungskultur, die von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt über Jahrzehnte erkämpft wurde und die heute in der Stadt einen festen Platz hat: Davon zeugen unter anderem die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg und die Denkstätte Weiße Rose, das Mahnmal für die Ulmer Opfer des Holocaust am Weinhof oder das Deserteurenkmal im Lehrer Tal. Für jene vielen Menschen jedoch, die in der Stadt wegen einer Krankheit oder Behinderung im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, gibt es nichts Vergleichbares, lediglich einige Stolpersteine für eine geringe

Zahl der Opfer. Es besteht auch 80 Jahre nach den „Euthanasie“-Morden noch ein gravierendes Forschungsdefizit zu den lokalen Hintergründen der Verfolgung, da der Pionierarbeit von Walter Wuttke über die Ermordung von Insassen der Landespflegeanstalt Oberer Riedhof keine neueren Arbeiten folgten, und es gibt bis heute keinen Raum für ein würdiges Gedenken an die Opfer im Stadtzentrum. Die Namen und Lebensgeschichten der Verfolgten sind nur in Ausnahmefällen bekannt. Kurzum: Die Opfer von Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morden sind bis heute weitgehend aus der lokalen Erinnerungskultur ausgeschlossen.

Es ist höchste Zeit, dies zu ändern. Am 27. Oktober 2019 wird am Landgericht Ulm in der Olgastraße ein Erinnerungszeichen für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morden eingeweiht; drei Tage später wird das Gedenkbuch der Öffentlichkeit

übergeben. Außerdem werden in der Einweihungswoche auch Angehörige von Opfern in einem Podiumsgespräch zu Wort kommen und über die Verfolgungsgeschichte in ihrer Familie sprechen. Dies ist wichtig, denn noch immer ist es nicht selbstverständlich, die Verfolgten öffentlich beim Namen zu nennen oder über ihre Lebensgeschichte zu sprechen, weil die Scham über die Krankheit und die damit verbundene Stigmatisierung sowie die Hilflosigkeit der Familie gegenüber den Verbrechen noch nachwirken. Ein zentrales Ziel des Erinnerungsprojekts ist es, dieser nachwirkenden Diskriminierung der Opfer mit einer offenen und respektvollen Erinnerungskultur zu begegnen. Einer Erinnerungskultur, die zugleich Bezüge zur Gegenwart herstellt, denn die Auseinandersetzung mit der Geschichte eröffnet einen Reflexionsraum über unseren heutigen Umgang mit Krankheiten und Behinderungen.

Die Initiative zum Projekt – Der Ausgangspunkt

Die Forderung nach einem würdigen Gedenken kam aus der Ulmer Bürgerschaft. Schon im November 2015, 75 Jahre nach dem Beginn der „Euthanasie“-Morde, hatte sich in Ulm ein Initiativkreis für ein Erinnerungszeichen für die Ulmer Opfer gegründet. Vertreter*innen der Behindertenstiftung Tannenhof, der Stolpersteininitiative, der Kirchen, der Volkshochschule und des DZOK sowie interessierte Bürger*innen schlossen sich zusammen, um das lokale Gedenken auf den Weg zu bringen (vgl. hierzu Mitteilungen 69, S. 13). Als wissenschaftliche Leiterin des DZOK habe ich den Kreis gerne darin unterstützt, das Projekt weiterzuentwickeln und neue Partner zu gewinnen: Die Stadt Ulm, das Landgericht Ulm und das Land Baden-Württemberg sagten 2017 zu, sich ideell und finanziell zu beteiligen, um so zu zeigen, dass sie gemeinsam Verantwortung für die historischen Verbrechen übernehmen, denn sowohl die Zwangssterilisation als auch die „Euthanasie“-Morde waren arbeitsteilige Verbrechen, in die neben den Vertretern auf Reichsebene auch Akteure auf Landesebene und vor Ort verstrickt waren. So propagierte etwa der Ulmer Psychiater Dr. Eduard Mayer Ende 1933 im Ulmer Tagblatt öffentlich die Zwangssterilisationen: „Unter dem liberalen Regierungssystem [gemeint ist die Weimarer Republik, N.W.], konnten sich Schwachsinnige, Erbkrankte und Trinker stärker vermehren als Erbgesunde und Begabte. Für die Allgemeinheit bedeuten die Kinder von schwachsinnigen Eltern auch eine starke soziale Belastung. Diesen ungesunden Verhältnissen suchten diese Maßregeln [gemeint sind die Zwangssterilisationen] entgegen zu steuern.“

Erster zentraler Schritt: Die historischen Recherchen und das Gedenkbuch

Die Stadt Ulm erklärte sich bereit, die wissenschaftliche Aufarbeitung der lokalen Verbrechen zu finanzieren. Dank dieser städtischen Mittel konnte das DZOK 2017 einen Werkvertrag für die notwendigen Recherchen vergeben und beauftragte damit die Kulturwissenschaftlerin Dr. Gudrun Silberzahn-Jandt, die eine ähnliche Studie zu Esslingen veröffentlicht hatte und im vorliegenden Mitteilungsheft ihre Reflexionen zum Ulmer Gedenkbuch mit den Leser*innen teilt. Das Gedenkbuch, das in Kooperation zwischen Stadtarchiv und DZOK betreut und von Grafikerin Sabine Lutz gestaltet



Entwurf zum Ulmer Erinnerungszeichen, März 2019. Entwurf/Simulation: Braun Engels Gestaltung

wird, dient der Information interessierter Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler und richtet sich zugleich an die Angehörigen der Verfolgten in Stadt und Land. Gerade für die Familien soll das Gedenkbuch in gedruckter und wertig gestalteter Form erscheinen. Es soll zur Einweihung des Erinnerungszeichens vorliegen, damit es für alle Interessierten die Möglichkeit einer vertiefenden Auseinandersetzung gibt.

Das Erinnerungszeichen im Stadtzentrum wird ebenfalls Ende Oktober 2019 eingeweiht, zum 80. Jahrestag des Geheimerlasses für die Krankenmorde durch Adolf Hitler. Es ist das erste Denkmal in einer baden-württembergischen Stadt, welches das Gedenken an die „Euthanasie“-Opfer erweitert und in Verbindung setzt mit den bisher kaum wahrgenommenen Opfern der Zwangssterilisationen, und es ist das erste Erinnerungszeichen an einem historischen Tatort in einem Stadtzentrum. Es wird am Landgericht Ulm errichtet, weil sich hier im Nationalsozialismus das Erbgesundheitsgericht befand, das über die Zwangssterilisationen entschied. In Sichtachse lag zudem das staatliche Gesundheitsamt in der Karl-Schefold-Straße 5, das die Erfassung, Verfolgung und Vernichtung im Zusammenspiel mit den Reichs- und Landesinstanzen koordinierte. Das Erinnerungszeichen informiert über die Täterschaft beider Institutionen. Es wird vom Land Baden-Württemberg finanziert.

Gesucht wurde hierfür ein künstlerischer Entwurf, der ausdrucksstark an die Opfer erinnert und gleichzeitig auf die Hintergründe der Taten verweist. Nach einem längeren Aus-

wahlprozess hat sich das Ausschussgremium, das aus Vertreter*innen der Initiativgruppe, des DZOK, der Stadt Ulm und des Landes sowie externer Sachexpert*innen bestand, für den Entwurf von Braun Engels Gestaltung entschieden. Es handelt sich um eine moderne Metallskulptur, die Opfergedenken und umfassende Tatinformation verbindet und den Betrachtenden Raum zum Gedenken und Nachdenken gibt. Man sieht ein Metallband, das sich von der Fassade des Landgerichts löst und auf den Platz für Gedenken und Information zuläuft. Die Idee ist, dass die Geschichte hinter den Mauern offengelegt wird, was verborgen blieb, sichtbar wird.

Jetzt befinden sich die Projektpartner in einer Phase, in der sie das Vorhaben in der Öffentlichkeit bekannt machen und die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren wollen. Ein wichtiger Schritt hierzu war die überregionale Wanderausstellung „Erfasst, verfolgt, vernichtet – Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“, die im Mai 2019 in der Ulmer Volkshochschule zu sehen war. Aktuell arbeitet der Initiativkreis intensiv an einem vielfältigen Begleitprogramm zur Einweihung des Erinnerungszeichens im Herbst mit ganz unterschiedlichen thematischen Zugängen und Angeboten.

INFO UND AUFRUF

Haben Sie Interesse an der Mitarbeit im Initiativkreis oder Fragen bzw. Informationen zur Verfolgung in Ihrer Familiengeschichte? Dann nehmen Sie bitte Kontakt zum DZOK auf, gerne auch mit mir persönlich: n.wenge@dzok-ulm.de / 0731-21312.

„erfasst, verfolgt, vernichtet“

Im Mai 2019 war die überregionale Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ in der Ulmer Volkshochschule zu sehen. Die Interessengemeinschaft Mittendrin Ulm (ig mittendrin) hatte sie anlässlich des „Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ nach Ulm geholt.

Franz Schweitzer

Kranke und behinderte Menschen gehören zu den Verfolgten des Nationalsozialismus. Sie galten als Belastung für die deutsche „Volksgemeinschaft“. Die Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morde geschahen inmitten der deutschen Gesellschaft, verantwortet von Ärzten, Juristen, Pflegekräften und Verwaltungsfachleuten.

Wir wissen heute: Das Denken ging den Taten voraus. Die Unterteilung von Menschen in „lebenswert“ und „lebensunwert“ führte zuerst dazu, dass ihnen das Recht auf Fortpflanzung und körperliche Unversehrtheit aberkannt und so Zwangssterilisationen möglich wurden. Der nächste Schritt war die Aberkennung des Rechts auf Leben. So wurde die tausendfache Vernichtung von Menschen, die als „nicht lebenswert“ etikettiert wurden, zur erschreckenden Wirklichkeit. Die Zwangssterilisation und Ermordung behinderter Menschen im Nationalsozialismus hat eine lange Vorgeschichte, die weit vor 1933 begann und deren Denkweisen nach 1945 nicht einfach verschwanden – sondern bis heute wirken.



Eröffnung der Ausstellung in der vh Ulm, 29.04.2019. Foto: A-DZOK

Am 5. Mai 1992 initiierte der Verein „Selbstbestimmt Leben“, eine Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen, den ersten „Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behin-

ZUM AUTOR

Franz Schweitzer arbeitet als Heilpädagoge in der Behinderteneinrichtung Tannenhof Ulm. Dorthin zogen 1974 nach der Schließung der damaligen Landesfürsorgeanstalt Oberer Riedhof die letzten verbliebenen Bewohner*innen. Vom Oberen Riedhof wurden im Nationalsozialismus – soweit bekannt – 30 Menschen zwangsweise unfruchtbar gemacht und 58 Menschen in Grafeneck ermordet.

derungen“. 2005 haben sich in Ulm Betroffene, soziale Organisationen und Selbsthilfegruppen zur „ig mittendrin ulm“ zusammengeschlossen und den Protesttag erstmals in lokalen Aktionen mit Leben gefüllt. Gleichberechtigung und Teilhabe dürfen sich nicht nur auf Gesetze beschränken, sondern müssen „mittendrin“ in den Kommunen und Betrieben gelebte Wirklichkeit werden. Das betrifft die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr genauso wie die Diskriminierung im Arbeitsleben oder am Wohnungsmarkt – und zielt letztlich auf die „Schranken im Kopf“ in unserer Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen.

Ein Rückblick: In den 1970er Jahren machte das „Independent Living Movement“ in den USA auf die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen aufmerksam. Es verstand sich von Anfang an als Teil der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In dieser Tradition entstand in Deutschland 1974 die „Krüppelbewegung“, die mit provokanten öffentlichen Aktionen gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen protestierte. Legendär wurde die Aktion des Mitbegründers Franz Christoph, der am 18. Juni 1981 mit seiner Gehhilfe dem damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens bei einer öffentlichen Veranstaltung vor die Beine schlug. Udo Sierck, ein Mitbegründer, kommentierte diese Aktion so: „Der Hieb zielte auf die verlogenen Gönner, die von Integration und Miteinander redeten, die offene und versteckte Diskriminierung behinderter Personen aber nicht wahrhaben wollten.“

Damals wie heute ist ein zentrales Anliegen, dass Behinderung nicht ausschließlich aus medizinischer und individueller Sicht definiert, sondern als gesellschaftliche Aufgabe

begriffen wird. Die aktuellen Diskussionen über Pränataldiagnostik oder die ökonomischen Kosten der Hilfen für behinderte Menschen zeigen: Auch heute sind wir nach wie vor weit davon entfernt, Behinderung als „normal“ und Menschen mit Behinderung als selbstverständlich und dazugehörig zu akzeptieren. Die Kluft zwischen dem im Grundgesetz verankerten Anspruch auf Gleichberechtigung und der tatsächlichen Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen ist immer noch groß. Menschliche Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe aber gehören zu einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Wenn wir heute über unseren Umgang mit Behinderung und Krankheit, über Exklusion und Inklusion nachdenken wollen, ist eine klare Erinnerung an den geschichtlichen Umgang mit Behinderung unabdingbar. Deshalb unterstützt die „ig mittendrin“ die Errichtung eines öffentlichen Erinnerungszeichens für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden. An sie zu erinnern, ist eine Aufgabe, die in die Zukunft weist.



Menschen mit Behinderungen

Interessengemeinschaft Mittendrin

ZUR AUSSTELLUNG

Die weltweit gezeigte Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ wurde von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) zusammen mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Stiftung Topographie des Terrors konzipiert. Die Ausstellungsinhalte sind auch im Internet zu sehen:

 www.dgppn.de/ausstellung

Der zweisprachige (deutsch/englisch) Ausstellungskatalog (ISBN 978-3-642-54027-1) kostet 19,99 €. Eine Broschüre in leichter Sprache (ISBN 978-3-9816453-0-9, € 5) ist erhältlich über sekretariat@dgppn.de bzw. als Download:

 <https://www.dgppn.de/schwerpunkte/psychiatrie-im-nationalsozialismus/wanderausstellung.html>

Nur ein Schritt auf einem langen Weg

Erinnerungszeichen und Begleitprogramm

*Mark Tritsch gehört zu den Initiator*innen, die 2015, 75 Jahre nach der Ermordung von 58 Bewohner*innen des Oberen Riedhofs, in Ulm einen Initiativkreis gründeten, um ein adäquates Erinnerungszeichen in der Stadtmitte zu verankern. Annette Lein ist pädagogische Mitarbeiterin des DZOK.*

Mark Tritsch und Annette Lein

Im Oktober 2019, 80 Jahre nach dem von Adolf Hitler angeordneten Beginn der „Aktion T4“, wird ein Denkmal für 160 Opfer der NS-„Euthanasie“ und 1100 Opfer der Zwangssterilisation vor dem Landgericht an der Olgastraße errichtet. Ein Denkmal setzen? Ziel erreicht und damit abgehakt? Nein, auf keinen Fall! Mit einem mehrmonatigen Begleitprogramm zur Eröffnung des Erinnerungszeichens will der Initiativkreis einen vielschichtigen (Ge-)Denkprozess anstoßen, der weite Teile der Stadtgesellschaft einbindet und das Erinnerungszeichen als Mittelpunkt einer aktiven Erinnerung an das begangene Unrecht etablieren soll. Mit einer Anschlagfinanzierung von der Ulmer Bürger Stiftung und Unterstützung durch die Kirchen sowie die Universität Ulm können wir schon erste Veranstaltungen planen.

Aktive Erinnerung bedeutet die Partizipation von Menschen. Konkret etwa bei einer Podiumsdiskussion in der Einweihungswoche, bei der Verwandte von Opfern der NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation über ihre Familiengeschichte sprechen werden. Ein weiteres Angebot im Rahmen des Begleitprogramms wird ein Besuch der Gedenkstätte Grafeneck sein, wo fast alle württembergischen Opfer der NS-„Euthanasie“ ermordet wurden. Zudem werden in Ulm im Herbst 2019 Führungen am Erinnerungszeichen und zu Stolpersteinen für Opfer der Krankenmorde angeboten.

Die Partizipation wird besonders intensiv erlebt, wenn Menschen ihre eigenen Bezüge zum Thema bei künstlerischen Arbeiten, etwa in Form einer Schreibwerkstatt oder einem Kunstworkshop, herstellen können. Auch solche Aktivitäten sind in Planung.

Aktive Erinnerung heißt zugleich, das Thema aus historisch-wissenschaft-

licher Perspektive zu vertiefen. Dies wollen wir in der Zeit von November 2019 bis Januar 2020 in Form einer kleinen Veranstaltungsreihe in der Ulmer vh und in Kooperation mit der Ulmer Universität und der Uniklinik ermöglichen. Eingeladen werden hierzu Fachleute für die Kernthemen Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morde, die etwa zur Rolle der Täter (und ihre Weiterbeschäftigung nach 1945), zur Rolle kirchlicher Träger von Heil- und Pflegeanstalten und zur Verfolgung sogenannter „Asozialer“ sprechen werden.

Einen vorläufigen Abschluss des Begleitprogramms bildet der 27.01.2020, der sowohl in Ulm als auch auf Landesebene den Opfern von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“ gewidmet ist.

Das namentliche Gedenken an die Opfer der NS-„Euthanasie“ ist ein wichtiger Teil der Erinnerung, nicht nur an Gedenktagen wie dem 27. Januar, sondern auch ganz konkret am Erinnerungszeichen am Landgericht und in erweiterter Form im neuen Gedenkbuch. Mit Hilfe der dort veröffentlichten, biografischen Angaben wird die Stolperstein-Initiative in den kommenden Jahren mit neuen Verlegungen von Stolpersteinen dieses Gedenken vertiefen. Das DZOK sammelt auch nach Herausgabe des Gedenkbuchs in einer Datenbank weiter Informationen zu den Verfolgten und bleibt eine Anlaufstelle für Angehörige und Öffentlichkeit.

Ausgehend von all diesen Aktivitäten laden wir insbesondere auch Schulen und junge Menschen dazu ein, in den kommenden Jahren die Erinnerungsarbeit weiterzutragen. Dafür wollen wir gemeinsam mit interessierten Lehrenden und Lernenden neue Formate entwickeln.

Gefragt sind natürlich Bürger*innen jeden Alters. Letztendlich liegt es an jedem und jeder Einzelnen, ein Zeichen zu setzen und diese Arbeit zum Erfolg zu führen: Es sind Menschen, die an ihrem Arbeitsplatz und in ihrem sozialen Umfeld bereit sind, für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft einen Schritt nach vorn zu tun und gegen die Stigmatisierung psychisch Erkrankter ihre Stimmen zu erheben. Wir rufen Sie alle auf, sich mit uns zu engagieren und das neue Erinnerungszeichen zu einem lebendigen Teil unserer Stadt zu machen.



Dagmar Waskiewicz bei der Verlegung eines Stolpersteins für ihre Großtante Else Ehekircher, ein Ulmer Opfer der NS-„Euthanasie“, Ulm 2017. Foto: A-DZOK



Porträt von Else Ehekircher als junge Frau. Quelle: Dagmar Waskiewicz



Else Ehekircher, Patientenakte, Archiv Klinikum Göppingen

INFO

Sie können den Initiativkreis für das Erinnerungszeichen über das Dokumentationszentrum kontaktieren (Tel. 0731 / 21312; info@dzok-ulm.de).

Für unsere Arbeit brauchen wir dringend weitere Spenden. Sie helfen uns, das geplante Programm und Aktivitäten in der Zukunft zu realisieren. Bitte spenden Sie auf das Konto „Stiftung Erinnerung Ulm“ bei der Sparkasse Ulm mit Verwendungszweck „Erinnerungszeichen“: IBAN DE98 6305 0000 0002 7207 04, BIC SOLADES1ULM.

Aus der Alltagsarbeit des DZOK-Archivs

Im Archiv des DZOK werden neben Nachlässen, die zumeist aus Originalen bestehen, auch Recherchesammlungen bewahrt, die überwiegend aus Kopien aus anderen Archiven und Manuskripten zusammengesetzt sind. Die aus verschiedenen Quellen zusammengetragenen Informationen können in der Archiv-Datenbank so gebündelt und aufbereitet werden, dass dabei mit neuem Erkenntnisgewinn an Opferschicksale erinnert und Täterhandeln aufgezeigt werden kann.

Josef Naßl

„Referendar Mann, ich habe heute Morgen Nachricht vom Justizminister Württembergs erhalten. In Übereinstimmung mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, muss ich Sie mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entlassen.“ So eröffnete der Ulmer Amtsgerichtsdirektor Carl Endriß am 3. Juli 1933 dem jungen Rechtsreferendar Ernst Mann, dass seine geplante berufliche Perspektive in seiner Heimatstadt Ulm für ihn als Juden nun unmöglich geworden war. Eben jener Carl Endriß war auch Vorsitzender Richter am Ulmer Erbgesundheitsgericht, als dieses am 18. April 1934 seinen ersten Fall verhandelte und darin die Zwangssterilisation der Ulmerin Babette W. anordnete.

Für zwei verschiedene Ulmer*innen, mit zwei verschiedenen Schicksalen, bilden diese formalen Amtshandlungen eines Ulmer Richters, der sich dabei buchstabengetreu an nationalsozialistisches Recht hielt, ein einschneidendes Unrecht. Ernst Mann wurde seiner Zukunft beraubt und Babette W. in ihrem Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung massiv beschnitten.

Informationen zu beiden Amtshandlungen von Endriß sind im Archiv des DZOK in unterschiedlicher Form erhalten. Die Lebensgeschichte von Ernst Mann ist in einem dichten Briefbestand überliefert, den die Familie Mann im Laufe mehrerer Jahre nach und nach an das DZOK übergeben hat und die zuletzt am 27. Januar 2019 der Öffentlichkeit in Form einer Lesung präsentiert wurde (vgl. zur Geschichte der Familie Mann zuletzt Mitt. 66). Die Verfolgung von

Babette W. ist weit weniger genau dokumentiert und bisher der Ulmer Öffentlichkeit gänzlich unbekannt. Die Informationen zu ihrer Zwangssterilisation stammen aus den Akten des Erbgesundheitsgerichts Ulm, die im Staatsarchiv Ludwigsburg aufbewahrt werden. Im Rahmen der Recherchen für das Gedenkbuch der Ulmer Opfer von NS-Zwangsterilisation und „Euthanasie“-Morden haben Gudrun Silberzahn-Jandt, Ulrich Seemüller vom Stadtarchiv Ulm und die DZOK-Volontärin Mareike Wach diese Akten erst vor wenigen Wochen gesichtet.



Foto: A-DZOK

Aus Archivsicht bildet der Nachlass der Familie Mann einen Schatz, der in vielfältiger Weise genutzt werden kann: in der Erinnerungsarbeit, wie anlässlich des 27. Januar 2019 im Ulmer Stadthaus, für die historische Forschung, etwa als Grundlage einer noch zu leistenden Netzwerkanalyse der Ulmer jüdischen Gemeinde in den 1930er Jahren, für die pädagogische Arbeit, oder auch, wie der Tennisschläger von Hanne Mann, als Leihgabe für Ausstellungen.

Auch die Recherchesammlung, die Gudrun Silberzahn-Jandt im Rahmen der Erstellung des Gedenkbuchs anlegt, wird das Archiv des DZOK bereichern, obwohl Aktenkopien und Excel-Tabellen vielleicht auf den ersten Blick nicht so spannend wirken wie Originale. Die Rechercheergebnisse befruchten jedoch nach entsprechender Erschließung, z. B. in einer Datenbank, die Dokumentations- und Forschungstätigkeit und sind zugleich ein wichtiges Auskunftsinstrument für Anfragen von Angehörigen und anderen interessierten Menschen.

Gerade die systematische Auswertung ganzer Aktenbestände ermöglicht oftmals weitere Erkenntnisse, die nicht unmittelbar Ziel der ursprünglichen Analyse waren. So befanden

sich beispielsweise unter den neu recherchierten Opfern der Zwangssterilisation auch Angehörige von Häftlingen des KZ Oberer Kuhberg, was teils aus den Erbgesundheitsakten selbst hervorging, teils durch Abgleich der Namen mit der Häftlingsdatenbank des DZOK ersichtlich wurde. Durch diese doppelte Opferrolle wird auch die sozialrassistische Verfolgung derer, die nicht als Teil der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ betrachtet wurden, umso deutlicher – und dies bereits in den Anfangsjahren des NS-Regimes.

Für die Arbeit des DZOK ist die Bewahrung des materiellen Erbes der Zeitzeugen ebenso wie die Sammlung und Bündelung von Informationen aus anderen Archiven von grundlegender Bedeutung zur Dokumentation der NS-Geschichte und ihres Nachwirkens. Selbst kleine Details, wie die beiden erwähnten Amtshandlungen des Amtsgerichtsdirektors Carl Endriß, können größere Zusammenhänge veranschaulichen, zum Beispiel auch den Umgang mit nationalsozialistischem Unrecht nach 1945. Denn das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, auf dessen Grundlage Ernst Mann geschädigt wurde, wurde bereits 1945 von den Alliierten als Unrecht anerkannt, Ernst Mann konnte im englischen Exil eine Entschädigung erhalten. Das nationalsozialistische „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurde hingegen erst 1988 vom Bundestag geächtet. Babette W., von der nicht bekannt ist, ob sie den Nationalsozialismus überlebte, hätte nach 1945 keinen Entschädigungsantrag stellen können. Ein Zustand, der bis heute unverändert gilt. Auch im Jahr 2019 haben Opfer der Zwangssterilisation keinen Anspruch auf eine Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz.

Vor diesem Hintergrund begreift das DZOK die Herausgabe des Gedenkbuchs für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden auch nicht als ein abgeschlossenes Projekt. Es bleibt Aufgabe des DZOK, Informationen zu diesen wie auch zu anderen Opfergruppen systematisch zu sammeln und auf dieser Grundlage der Öffentlichkeit Informationen zu den Verfolgten zur Verfügung zu stellen, um so die Erinnerung in die Zukunft zu tragen.

„Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ – die Projektpublikation

Ein Werkstattbericht

*Das 3-Jahres-Projekt des DZOK „Man wird ja wohl noch sagen dürfen...“ findet Ende 2019 seinen vorläufigen Abschluss. Ende 2019/Anfang 2020 wird das DZOK ein Didaktikheft herausgeben, in dem die Projektinhalte und -erkenntnisse zusammengeführt sind. Das Heft wird Arbeitsbögen enthalten, mit deren Hilfe Pädagog*innen das Thema menschenverachtende Sprache leicht in den Unterricht integrieren können.*

Nathalie Geyer



Mareike Wacha und Nathalie Geyer (v. l.) an der Arbeit zum Didaktikheft. Foto: A-DZOK

Das bibliothekspädagogische Projekt des DZOK widmet sich dem Umgang mit menschenverachtender und demokratiefeindlicher Sprache (s. Mitteilungen 65, 66 und 68). Zum Abschluss des Projekts wird ein praxisbezogenes Didaktikheft veröffentlicht. Im Rahmen des Projekts führten wir im letzten Jahr einige Workshops mit Schulklassen durch. Dabei sammelten wir wertvolle Erfahrungen, die in die Erarbeitung des Heftes einfließen und wichtige Impulse gaben. In den Workshops lasen und diskutierten die Schüler*innen sowohl historische als auch aktuelle Text- und Bildmaterialien, die, wo benötigt, von uns kontextualisiert wurden. Wir ermutigten die Jugendlichen, genau hinzuschauen und eine Sensibilität für ausgrenzende Äußerungen zu entwickeln. Dabei reichte es nicht aus, Zitate mit diskriminierenden Äußerungen gemeinsam zu lesen, zu entschlüsseln und einzuordnen. Die Einbeziehung von Äußerungen diskriminierter Menschen, ihrer Ausgrenzungs- und Verfolgungserfahrungen sowie von Interventionsbeispielen stellte sich als besonders wichtig heraus.

Das Didaktikheft soll das im Rahmen des Projekts erworbene Knowhow nachhaltig an Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen vermitteln. Es soll in der pädagogischen Arbeit leicht einsetzbar sein, richtet sich in erster Linie an Lehrkräfte verschiedener Schularten, aber auch an Akteur*innen der historisch-politischen Bildungsarbeit. Volontärin Mareike Wacha und ich erarbeiten die Broschüre in enger Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Leiterin des DZOK

Nicola Wenge und der DZOK-Gedenkstättenpädagogin Annette Lein. Wir greifen dabei auf eine umfangreiche Materialsammlung zurück, die im Rahmen des Projekts angelegt wurde und fortlaufend erweitert wird. Diese Sammlung speist sich insbesondere aus Quellen und Literatur im DZOK-Bibliotheks- und Archivbestand.

Neben einem Kapitel zur DZOK-Wanderausstellung „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ wird das Didaktikheft voraussichtlich drei Module (zu Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus) mit je vier Arbeitsbögen und Aufgabenblöcken enthalten. Ein Glossar, Literaturhinweise sowie eine Linksammlung werden die Nutzung erleichtern und Vertiefungen anregen.

Die Arbeitsbögen bestehen aus didaktisch aufbereiteten und kontextualisierten (historischen und aktuellen) Text- und Bildmaterialien, die mit Hilfe der enthaltenen Aufgaben analysiert, hinterfragt und eingeordnet werden sollen. Die verwendeten Quellen, unter anderen Zeitungsartikel, Erinnerungsberichte, Bilder- und Schulbücher sowie Songtexte und Social Media-Posts sind vielfältig und haben zum Teil regionalen Bezug. Die Erstellung der Arbeitsbögen geschieht in enger Kooperation mit fünf Ulmer Lehrkräften verschiedener Schularten, für deren Unterstützung wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten.

Bei der Materialenauswahl für das Didaktikheft achten wir darauf, verschiedene Perspektiven einzubeziehen: „Täter“-Quellen zeigen die Gewalt in der Sprache, Betroffenenperspektiven veranschaulichen, welche Konsequenzen diese Gewalt

haben kann und Interventionsbeispiele zeigen auf, was dagegen getan werden kann. Damit wollen wir dem Problem der reinen Reproduktion rassistischer Sprache entgegenwirken.

Allerdings werden im Heft abgedruckte nationalsozialistische Propagandatekste rassistische und menschenverachtende Sprache enthalten – die Äußerungen werden mit Hilfe der Aufgaben hinterfragt und eingeordnet. Diese Zitate sind unserer Meinung nach unerlässlich, da Jugendliche ausgrenzende Mechanismen und Gewalt in der Sprache aufdecken sollen.

Die Broschüre wird auch Arbeitsbögen mit aktuellen Materialien enthalten. Diese ermöglichen einen lebensweltlichen Bezug für die Schüler*innen und zeigen auf, wie verankert beispielsweise antisemitische und antiziganistische Stereotype und Vorurteile in unserer heutigen Gesellschaft noch sind.

Wir freuen uns darauf, das Didaktikheft Ende 2019 bzw. Anfang 2020 der Öffentlichkeit vorzustellen. Der Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

INFO

Das Projekt „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ wird gefördert durch die LECHLER Stiftung, die Stiftung Erinnerung Ulm, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Ulmer Bürger Stiftung. Das erste Jahr des Volontariats (2018) von Mareike Wacha, die maßgeblich im Projekt mitarbeitet, wurde durch die Karl Schlecht Stiftung ermöglicht. Wir danken außerdem den zahlreichen Spenderinnen und Spendern.

Eine kleine Ethikexkursion ins Judentum

*Im Herbst 2018 organisierte das DZOK im Rahmen des Begleitprogramms zur Sonderausstellung „Jüdische Lebenswelten in Deutschland heute“ einen Workshop des Dialogprojekts „Likrat“. Schüler*innen der Klassenstufe 12 des Anna-Essinger-Gymnasiums und zwei jüdische Jugendliche verbrachten gemeinsam zwei Schulstunden. Hier berichtet eine Schülerin von der Begegnung.*

Isabel Müller

Hallo, ich bin Isabel, Schülerin des Anna-Essinger-Gymnasiums aus Ulm. Unser Ethiklehrer, Herr Köstler, hatte für den Unterricht geplant, das Judentum und die jüdische Kultur Ulms kennenzulernen. Dafür wurde über das jüdische Dialogprojekt „Likrat“ vom Team des DZOK der Besuch zweier jüdischer Jugendlicher im Unterricht organisiert.

Zur Vorbereitung begaben wir uns in die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg, welche nur einige Minuten von unserer Schule entfernt liegt. Nur wenige Schüler*innen aus unserem Kurs hatten diese bereits besucht, obwohl sie quasi neben der Schule liegt. In der Gedenkstätte wurde unser Wissen zum Holocaust (oder auch Shoah) durch eine Einführung von zwei freundlichen Mitarbeiterinnen des DZOK, Frau Lein und Frau Wacha, aufgefrischt. Im oberen Stockwerk des Gebäudes befand sich zu diesem Zeitpunkt die Wanderausstellung zum Thema „Jüdische Lebenswelten in Deutschland heute“, in der jüdische Menschen im Jahr 2015 porträtiert wurden. Hier waren zum Beispiel Filmproduzent*innen, Autor*innen, Künstler*innen und jeweils eine kurze Beschreibung zu sehen.

Am Ende des Ausstellungsbesuchs erarbeiteten wir uns Fragen, die sich im Laufe der Auseinandersetzung mit der Ausstellung ergeben hatten und von denen wir hofften, dass unsere Besucher diese beantworten würden. So verließen wir, gespannt darauf, was die nächste Woche wohl bringen würde, das DZOK.

Unser zweiter Termin, der Likrat-Workshop, nahte. Alle waren gespannt darauf, wie die Gespräche verlaufen würden. Durch den Besuch der Aus-

stellung fühlten wir uns zwar vorbereitet, jedoch waren wir trotzdem alle aufgeregt, denn – kaum zu glauben! – nicht eine*r aus unserem Ethikkurs hatte jemals eine Person getroffen, die offen sagte, dass sie dem jüdischen Glauben angehört. Dann betraten zwei junge Männer den Raum – der eine groß, ein Basketballer, der andere klein mit einem einnehmenden, offenen Lächeln. Beide studieren im Raum Stuttgart und waren mir sympathisch. Wie sich im folgenden Gespräch herausstellte, sind beide aufgeweckte Kerle, die uns viele neue Dinge über das Judentum (und vieles mehr) erzählten. Uns interessierten zunächst die Traditionen und Feste des Judentums. Je länger wir uns mit den beiden unterhielten, desto intensiver wurden auch die Gesprächsthemen.

Sie erzählten uns von der extrem kleinen und dadurch sehr eng vernetzten jüdischen Community in Deutschland und Europa. Was wohl am meisten Interesse bei uns weckte, waren die persönlichen Erfahrungen und Berichte zu ihrem Jüdisch-Sein. Die bisherigen Reaktionen unserer Besucher waren extrem zweigeteilt: Sie reichten von positivem Interesse und Begeisterung für die Kippa, koscheres Essen und Hochzeiten bis hin zu Beleidigungen und körperlichen Angriffen, weil ein Davidstern aus dem T-Shirt hervorschaute. Viele von uns waren sehr überrascht davon und es machte auch mich selbst betroffen, solche extremen Erfahrungen aus erster Hand zu hören – weil es zwei normale Jungs sind, die normale Dinge tun, die studieren, die Sport machen, am Wochenende feiern gehen. Niemand sollte Gewalt und Anfeindungen erfahren müssen – weder aufgrund seiner Religion noch aufgrund anderer Eigenschaften. Für das Duo jedoch schienen die positiven Reaktionen weiterhin zu überwiegen. Sie sind stolz Juden zu sein und wollen sich nicht dazu zwingen lassen, das zu verstecken oder sich zu schämen. Daher tragen sie noch immer offen einen Davidstern um den Hals und eine (möglichst hippe) Kippa auf dem Kopf.

Durch diese Einstellung und ihren großen Mut haben die zwei meinen ganz besonderen Respekt

gewonnen. Mir ist aufgefallen, dass wir kein einziges Mal über die Shoah, das „Dritte Reich“ oder die damit verbundenen Themen gesprochen haben. Diese Ereignisse haben die jüdische Identität in Deutschland und in Europa, ja auf der ganzen Welt, extrem verändert. Das Judentum ist geprägt davon, aber jüdisches Leben besteht noch aus so vielen weiteren Aspekten, von denen wir viele gar nicht kennen.

Dieser Tag hat mir gezeigt, dass es immer noch zu viele Menschen gibt, die nichts oder wenig über das Judentum wissen, sich aber trotzdem bereits eine Meinung über jüdische Menschen bilden. Das ist schade und bedarf einer Änderung, die nur in Form von Bildung, Kontakt zu echten Menschen und solchen Exkursionen erreicht werden kann. Außerdem war es sehr spannend, sich mit den Jungs zu unterhalten. Und gerade beim Thema Religion, bei dem schnell generalisiert wird und der Realitätsbezug verloren gehen kann, ist es wichtig, solche Erfahrungen zu machen und die Initiative zu ergreifen.

Alles in allem waren es vier der interessantesten Ethikstunden, die mich um einiges weitergebracht haben. Meinem Empfinden nach sollte jede/r die Möglichkeit haben, auf solch spannende Art und Weise etwas über das Judentum zu erfahren. Dadurch könnte etwas so Abstraktem wie der Religion ein Gesicht, eine Stimme gegeben werden, die Vorurteile nachhaltig abbauen kann.



INFO

„Likrat“ (hebräisch für „aufeinander zu“) ist ein Dialogprojekt des Zentralrats der Juden in Deutschland. Es ermöglicht Schüler*innen einen unbefangenen Zugang zum Thema Judentum. Geschulte jüdische Jugendliche besuchen Schulklassen und sprechen mit ihnen über ihr Jüdisch-Sein. Die Workshops sind kostenlos und können auf folgender Webseite angefragt werden:

 www.likrat.de

APC Alpine Peace Crossing

Am Samstag, den 30.06.2018 nahm Angelika Walch als erste blinde Frau mit ihrer Schwester Christine Krähmer an der seit 2007 jährlich stattfindenden Friedenswanderung von Krimml (Österreich) nach Kasern (Italien) mit weiteren 150 Personen teil. Hier ein persönlicher Bericht über eine besondere Form der Versöhnungsarbeit.

Angelika Walch

Um 6.00 Uhr in der Früh trafen wir uns in Krimml, einem Bergdorf im Zillertal, und fuhren mit dem Kleinbustaxi zum Krimmler Tauernhaus, welches 1.631 Meter Höhe über dem Meeresspiegel liegt. Hier begrüßte uns Ernst Löschner, Vereinsvorsitzender von Alpine Peace Crossing (APC), Verein für Sozial- und Flüchtlingshilfe, welcher seinen Sitz in Krimml, Salzburg und Wien hat.

Ernst Löschner begrüßte ganz besonders den 105-jährigen Holocaust-Überlebenden Marko Feingold, welcher im Sommer 1947 jüdische Flüchtlinge über den Tauernpass (Passhöhe 2634 müA) bis hinunter nach Kasern führte. Von hier aus ging die Reise weiter nach Genua und mit Schiffen nach Palästina. Manche Menschen, die entkräftet waren und nicht gleich weiterreisen konnten, blieben zur Erholung ein paar Tage in Kasern in einem angemieteten Haus, welches als Ferienunterkunft eingerichtet war. Vom Sommer bis Herbst 1947 fanden in 14 Tagen drei Passüberschreitungen mit insgesamt 150 jüdischen Menschen bis zum Krimmler Tauernhaus in der Nacht statt. Die Menschen, die sich auf ihrer Flucht in großer Gefahr befanden, fanden Verpflegung und Ruhezeit in diesem Haus. In der darauffolgenden Nacht ging die Wanderung 1.052 Höhenmeter hinunter nach Kasern, zum nördlichsten Dorf Italiens in Südtirol. Damals ging die Angst mit, entdeckt zu werden. Palästina war britisches Mandatsgebiet und Großbritannien hatte als Besatzungsmacht in Österreich andere Zugänge nach Italien versperrt.

Ich vergegenwärtigte mir die Strapazen dieser Wanderung und außerdem die unmenschlichen schrecklichen Erlebnisse, welche die jüdischen Menschen durch die Verfolgung und Peinigungen sowie die Ermordung ihrer Angehörigen in



Angelika Walch (vorne) vor dem Krimmler Tauernhaus, 30.06.2018. Foto: privat

den Konzentrationslagern durch das irrsinnige Naziregime erlitten haben. Sie waren unsäglichem Leid durch Verfolgung, Not, Hunger, Verzweiflung und Angst ausgesetzt. Krankheit und Tod durch Verfolgung wurden lange verdrängt und verschwiegen. Sie können bis heute nicht wieder gut gemacht werden! Nur durch die Tat der Friedensarbeit kann vielleicht ein Funke der Versöhnung entstehen. So finde ich. Dazu gehört ein offenes Herz, das nicht erkaltet ist, und der Mut, sich für Menschen einzusetzen, die Hilfe brauchen und Kraft und Ausdauer, diesen Friedensweg gemeinsam zu gehen. Ich habe die Vorstellung, dass wir gemeinsam gehen in eine friedliche Welt ohne Waffen und ohne Grenzen und wo es keinen Hass gibt, der die Seele auffrisst. Dass wir in eine Zukunft gehen, in der die Menschen in Frieden und Freiheit leben können. Solange dies nicht

geschehen ist, hat der Spruch von Buchenwald, welcher mit Blut und nicht mit Blei geschrieben wurde – „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg“ – immer noch Gültigkeit!

Weiter ist es unabdingbar, dass der Gesetzgeber Gesetze für den Frieden festschreibt und danach trachtet, dass diese auch eingehalten und gelebt werden. Gesetze, die das friedliche Zusammenleben der Menschen im eigenen Staat und in anderen Staaten sichern.

Wir Friedenswanderer*innen setzten uns zu Beginn unserer Reise mit Reden vor dem Tauernhaus mit Geschichte und Gegenwart auseinander. Eine musikalische Umrahmung durch eine Flötenspielerin und gemeinsam gesungene Lieder wurde dargeboten und dann ging unsere Wanderung los über Stock und Stein bis hinauf zum Pass, wo wir ein 10 Meter langes Schneefeld überwinden mussten; von dort ging es hinunter ins Tal bis zur Windbachalm. Dort machten wir eine längere Rast. Wir wanderten weiter, bis wir Kasern erreichten und auch dort, wie oben am Tauernhaus, vom Bürgermeister begrüßt wurden.

Ernst Löschner, der Vereinsvorsitzende, bat auch mich ein paar Worte, wie ich die Wanderung empfand zu sagen, da ich die erste blinde Frau bin, die an der Friedenswanderung teilnahm. Ich antwortete darauf: „Mich berührt das Schicksal der jüdischen Menschen sehr und es liegt meiner Schwester und mir besonders am Herzen, an dieser Wanderung teilgenommen zu haben, um ein Zeichen für den Frieden zu setzen und ich danke sehr für die Solidarität, die mir von den Teilnehmer*innen entgegengebracht wurde. Gerade in unserer Zeit, in der der Friede in Gefahr ist und der Rechtsextremismus stärker wird, ist es wichtiger denn je, ein Zeichen für den Frieden zu setzen.“

Weitere Informationen unter:

 <https://alpinepeacecrossing.org/der-juedische-exodus-1947/>

ZUR PERSON

Angelika Walch ist seit 1991 aktives Mitglied im Verein des DZOK. Sie wurde damals von Ernst Rohleder, einem der Gründerväter des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg, gewonnen.

Neuer Gedenkort in Ehingen

Erinnerung an den Widerstand

Der Ehinger Gemeinderat hat im Jahr 2006 auf Vorschlag des damaligen Oberbürgermeisters Johann Krieger den künftigen Straßen in dem damals erst geplanten, sehr großen Wohngebiet „Rosengarten“ die Namen von Menschen des deutschen Widerstandes gegeben. Eine neue Gedenktafel führt diese Namen auf.

Veit Feger

Inzwischen sind schon zig Häuser gebaut, wenn auch längst noch nicht alle, weshalb auch noch nicht alle Straßennamensschilder stehen. Dass es sich bei dem Baugebiet „Rosengarten“ um ein einheitlich „beschriftetes“ Gebiet handelt, war bisher nicht leicht ersichtlich. Ehinger Grüne engagierten sich nun, dass diese Besonderheit sichtbar wird. Veit Feger beauftragte den Ertinger Bildhauer Gerold Jäggle mit dem Entwurf und der Erstellung einer Gedenktafel. Die Stadt Ehingen stellte eine Fläche für dieses Denkmal an der wichtigsten Zufahrt zu dem Neubaugebiet „Rosengarten“ zur Verfügung und ließ den Sockel des Denkmals betonieren.

Am Samstag, 13.4.2019, wurde die metallene Stele mit den eingravierten Namen der neuen Eigentümerin, der Öffentlichkeit, übergeben. Oberbürgermeister Alexander Baumann dankte dem Spender und den weiteren Initiatoren. Gertrud Graf vom achtköpfigen Sprecherrat der Lan-

desarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) würdigte den Beschluss des Gemeinderats im Jahr 2006 und die Unterstützung der Stadt jetzt für die Errichtung der Gedenktafel. Gerold Jäggle gab Hinweise auf seine Gedanken beim Entwurf des Kunstwerks. Stifter Veit Feger, früher Verleger und Redaktionsleiter, machte darauf aufmerksam, dass es in Ehingen Verfolgte des NS-Regimes gab, an die bisher niemand erinnert hat, unter anderem Mitglieder der Glaubensgemeinschaft „Zeugen Jehovas“. – Als persönlichen Bezug zum Thema nannte Veit Feger Folgendes: Seinem Großvater wurde bereits 1934 das Verlagsrecht für die damals schon hundert Jahre in Familienbesitz befindliche Ehinger Zeitung entzogen. Veit Feger meinte, dass es auch im Rechtsstaat „Bundesrepublik Deutschland“ Vorgänge gibt, die WIDERSTAND nötig machen; er wies auf die völlig unverständliche, denkbar schlecht gerechtfertigte Abschiebung eines vietnamesischen Regimekritikers am 27. März 2019 aus Nürnberg in sein Herkunftsland hin, ein Land, in dem er 17 Jahre im Gefängnis sitzen musste.

Der junge kolumbianische Cellist Pablo Figueroa spielte eine Sarrabande von J. S. Bach. Aus den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, aus der Neuapostolischen und der Freikirchlichen Gemeinde „Arche“ baten Repräsentanten um Gottes Schutz für das Denkmal. Die zahlreichen Besucher*innen der Übergabefeier erhielten im Blick auf

Der Text auf der Tafel lautet:

Sie widerstanden einem Unrechtsstaat. Die Stadt Ehingen erinnert an diese tapferen Frauen und Männer mit den Namen der Straßen im Rosengarten:

*Ludwig Beck
Eugen Bolz
Dietrich Bonhoeffer
Alfred Delp
Georg Elser
Eberhard Finckh
August von Galen
Rudolf von Gersdorff
Carl Friedrich Goerdeler
Marianne Golz
Willi Graf
Hans von Haefen
Caesar von Hofacker
Kurt Huber
Jakob Kaiser
Maximilian Kolbe
Julius Leber
Wilhelm Leuschner
Bernhard Lichtenberg
Rupert Mayer
Helmuth von Moltke
Martin Niemöller
Friedrich Olbricht
Hans Oster
Adolf Reichwein
Alexander Schmorell
Joannes Baptista Sproll
Hans und Sophie Scholl
Henning von Tresckow*

*gestiftet von Veit Feger
gestaltet von Gerold Jäggle
2019*

den Namen des Baugebiets und die dort unter anderen erinnerten Geschwister Scholl und weitere Mitglieder der „Weißen Rose“ (reale) weiße Rosen geschenkt.

Gedenkweg durch das ehemalige Waldwerk „Kuno“

Geheimer Produktionsort und Tatort

Ende Oktober 2018 wurde in der Nähe von Burgau mitten im Wald ein Gedenkweg eröffnet zur Erinnerung an die einst für wenige Monate dort eingerichtete geheime Flugzeugproduktion.

Karin Jasbar

Die „Waldfabriken“ zur Endmontage von Flugzeugen entlang der Autobahn zwischen Ulm und Augsburg

in den Jahren 1944/45 waren schon mehrfach Thema unseres Mitteilungshefts (z. B. Heft 54, 2011 zur „Blechschmiede“ Horgau). In den letzten Jahren hatten sich v.a. der Journalist der Augsburgischen Zeitung Maximilian Czys und der Lehrer Hans-Peter Englbrecht für die Erforschung der Produktion des Düsenflugzeugs ME 262 der Firma Messerschmitt im gut getarnten Waldwerk „Kuno“ im Scheppacher Forst eingesetzt. Sie hatten sich mit



Infotafel zum Gedenkweg „Kuno“. Foto: W. Kucera

anderen Interessierten auch auf die Spurensuche nach den dort eingesetzten Arbeitskräften aus dem KZ-Außenlager Burgau gemacht. Die Ergebnisse wurden zunächst in einer Ausstellung zusammengefasst, die vor einigen Jahren im Museum Zummarshausen und danach im Museum der Stadt Burgau gezeigt wurde. Nun kann man auf einem etwa 4 km langen Rundgang mitten im Wald das Geschehen nachvollziehen. Am Start gibt es eine große Bild- und Texttafel, danach findet man Texte, Bilder und Fundgegenstände vor allem in vier aufklappbaren Holzkisten (z. B. zur Montage der Flugzeuge oder zu den Lebensbedingungen der KZ-Häftlinge). Kleinere Hinweistafeln und die Überreste von Betonfundamenten vervollständigen die Eindrücke, der Autobahnlärm im Hintergrund macht auch heute noch die Auswahl des

Produktionsortes deutlich: Über die Autobahn wurden nachts die zu montierenden Fertigteile des Flugzeugs angeliefert, auf dem damals betonierten und grün gestrichenen Mittelstreifen sollten die Flugzeuge starten, der Wald bot Tarnung für die Produktion.

Eingesetzt haben sich für die Errichtung des Gedenkwegs v.a. die Bayerischen Staatsforsten mit Hubert Droste als „Grundherrn“ des Areals zusammen mit der AZ und den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen (Augsburg und Günzburg). Die handwerklich ansprechende und dem Ort angemessene Gestaltung des Gedenkwegs kann für das Geschehen und das Leid der dort eingesetzten Menschen neues Interesse wecken – jenseits der schon immer bestehenden Flugzeugbegeisterung.

Leider gibt es im Internet noch keine Anfahrtsbeschreibung, nur gelegentlich Hinweise auf Führungen. Deshalb hier die Wegbeschreibung nach M. Czysz, der zum Gedenkweg einen Flyer gestaltet hat und dessen 150-seitiges Magazin „Wunderwaffe aus dem Wald“ im Online-Shop der Augsburger Allgemeinen erhältlich ist.

Anfahrt mit dem Auto: A8, Ausfahrt Burgau, dann in Richtung Scheppach. In der Ortsmitte von der Hauptstraße links abbiegen in die Poststraße. Auf dieser bleiben, außerhalb des Ortes beim Feldkreuz links, dann durch A8-Unterführung, nach dieser gleich wieder rechts und etwa 2 km auf dem Feldweg entlang der Autobahn bis zum Parkplatz am Solarfeld, wo sich Start und Ziel des Gedenkweges befindet. Auch für Fahrradwanderer geeignet, für diese ist die Anfahrt auch über Glöttweg möglich.

„Demokratie, Freiheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit“

Vorstellung eines neuen Guides

Der Lehrer Ángel Ruiz Kontara engagiert sich seit einem Jahr ehrenamtlich im DZOK als Gedenkstätten-Guide. Hier stellt er sich vor.

Mein Name ist Ángel Ruiz Kontara und ich bin 29 Jahre alt. Ich bin geboren und aufgewachsen in Madrid, Spanien. Als Sohn eines spanischen Vaters und einer griechischen Mutter habe ich von früh auf eine Vielfalt an Kulturen und Traditionen erlebt. Meine Eltern, beide Kunsthistoriker, brachten mir unter anderem das Interesse für die Geschichte näher. Wir unternahmen oft Wochenendausflüge und besichtigten Schlösser, Städte und Museen. Als ich 18 war, stand ich vor einer schwierigen Entscheidung: Soll ich Geschichte oder Fremdsprachen studieren? Ich entschied mich für die zweite Option und studierte Übersetzung und Dolmetschen (Englisch, Französisch und Deutsch). Während meines Studiums hielt ich mich in Schottland und Kanada auf.

Nach dem Studium waren alle Türen offen und ich bewarb mich für ein Stipendium als spanischer Fremdsprachenassistent in Deutschland. Ich hatte Glück und kam in September 2012 nach Merzig, Saarland.



Foto: privat

Ich kann mich noch an das graue Wetter meiner Ankunft erinnern. Nach einem Jahr in der Bundesrepublik wollte ich länger bleiben, um das Land zu erkundigen und die Sprachkenntnisse zu verbessern. Ich bewarb mich als Übersetzer und Spanischlehrer. Ich fand dann eine Stelle in Landshut als Übersetzer und durfte mich dort weiterentwickeln.

Neben der Arbeit studierte ich Gymnasiallehrer, da ich meine Berufung zur Bildung und Pädagogik mehr und mehr spürte. Plötzlich ergab sich die Möglichkeit, an einer Montessori-Schule in Kösching, nahe Ingolstadt, zu arbeiten. Dort entwickelte ich mich als Pädagoge und Mensch weiter und beendete das zweite Studium.

Die Liebe brachte mich im August 2017 nach Ulm. Ich fand eine Stelle als Lehrer an der Montessori-Schule in Neu Ulm. Die Arbeit als Lehrer ist nicht immer einfach, aber bereichert mich sehr. Meine Freizeit widme ich meiner Leidenschaft, der Geschichte, und studiere nebenberuflich auf Master „Europäische Moderne: Geschichte und Literatur“ an der Fernuniversität Hagen. Mein Lieblingsgebiet ist Außereuropäische Geschichte.

Erst letztes Jahr kam ich mit dem DZOK in Berührung. Ich las im Programm der Volkshochschule, dass man Guides für die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg suchte. Nach dem Einführungskurs und mehreren Treffen mit dem Team des DZOK war ich bereit, erste Führungen zu übernehmen. Die allererste fand in Spanisch statt für eine Schülergruppe aus Valladolid.

Ich komme aus einem Land, wo es keine Aufarbeitung zur Entstehung des Faschismus, zum Bürgerkrieg (1936-1939) oder zur vierzigjährigen Diktatur (bis 1978) gibt. Diese Episoden werden nur in der spanischen Oberstufe in wenigen Unterrichtseinheiten behandelt. Diese Themen

sollen begraben werden, so die verbreitete Meinung, denn Vergangenheit bleibt Vergangenheit. Ich bin anderer Meinung. Wir sind zum Teil Vergangenheit, bzw. die Vergangenheit lebt weiter in uns. Indem wir sie ignorieren, verschwindet sie nicht. Wir laufen dann Gefahr, wenn wir

nicht fähig sind, aus der Geschichte zu lernen, sie zu wiederholen. Mein Einsatz als Guide ermöglicht mir die Geschichte in Erinnerung zu bringen, denn Demokratie, Freiheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit.

Ángel Ruiz Kontara

Stiftungsjahrestag 2019

Die Gefährdung Europas durch den Populismus

„Es geht um die Sicherung unserer demokratischen Zivilgesellschaft, um unser friedliches und solidarisches Miteinander im alltäglichen Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden, wie auch im Miteinander der Nationen.“

Wilhelm Hölkemeier

Mit dem obigen Zitat begründete Dr. Ilse Winter, Vorsitzende der Stiftung Erinnerung Ulm, die Wahl des Schwerpunktthemas des diesjährigen Stiftungsjahrestags am 14. Februar: „Steht der Fortbestand der Demokratie auf dem Spiel? – Die Europawahl 2019 im Zeichen von Euroskeptizismus und Populismus.“

Als Referent für dieses Thema war Oliver Treib gewonnen worden, er ist Professor für Vergleichende Policy-Forschung und Methoden empirischer Sozialforschung an der Universität Münster. Er hat sich als Forscher und Publizist in Sachen Euro-Skeptizismus und Populismus einen Namen gemacht.

Prof. Oliver Treib (der in Heidenheim aufgewachsen ist) wies im gut besuchten Stadthaus zunächst darauf hin, dass die Ablehnung der Europäischen Union keineswegs nur eine Sache des rechtsextremen politischen Spektrums sei. Besonders bei populistischen Thesen gegen einen vermeintlichen europäischen „Superstaat“, gegen überbürokratisierte Brüsseler Institutionen und „verkommene Eliten“ gebe es frappierende Paralleltäten zwischen radikalen Kritikern von rechts und links, auch wenn sich die inhaltliche Argumentation gegen die EU dann stark unterscheidet und nur der Rechtspopulismus mit Ressentiments gegen Fremde auf Stimmenfang gehe.



Wilhelm Hölkemeier (li.) und Oliver Treib beim Stiftungsjahrestag, 14.02.2019. Foto: A-DZOK

Den Anteil euroskeptischer Abgeordneter im Europaparlament beziffert Treib derzeit auf 28 Prozent. Obwohl es in etlichen Nationen Zugewinne für dieses Lager geben werde, erwartet er bei der Neuwahl der europäischen Volksvertretung Ende Mai nur einen leichten Anstieg dieses Spektrums auf 30 Prozent – weil das große Lager der EU-skeptischen britischen Abgeordneten wegen des Brexit dann entfällt. Bei dieser Berechnung war allerdings noch nicht vorzusehen, dass die Briten möglicherweise doch an der Europawahl teilnehmen würden.

Treib ist überzeugt, dass „Euroskeptizismus nach wie vor kein Mehrheitsprojekt ist“ und plädiert für eine „sachliche, offene Auseinandersetzung“ mit den Positionen: „Solange sie sich an die demokratischen Grundregeln halten, ist eine Ausgrenzung dieser Parteien schwer zu rechtfertigen.“ Kritik an der EU sei nicht undemokratisch und Populismus sei nicht generell gegen die Demokratie

gerichtet, sondern wolle die Demokratie erneuern. Anti-pluralistische und fremdenfeindliche Tendenzen jedoch seien abzulehnen.

In der anschließenden, von Ehrenstiftungsrat Wilhelm Hölkemeier moderierten Diskussion, wies Treib zudem darauf hin, dass es sich bei den EU-Gegnern um eine „ideologisch extrem heterogene Gruppe“ handle. So gibt es etwa zwischen britischen Brexit-Anhängern und französischer „Front-National“-Bewegung fundamentale Unterschiede besonders im wirtschafts- und sozialpolitischen Programm. Selbst der US-Rechte und frühere Trump-Berater Steve Bannon sei gescheitert mit seinem Ansinnen, die europäischen Rechtspopulisten vor der Europawahl zu einen.

So bleibt wohl als Fazit, was Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch in seinem Grußwort bereits gefordert hatte: Die Zivilgesellschaft dürfe sich nicht abschotten, sondern müsse „Widerstandskräfte entwickeln und aktiv mitgestalten“.

Vernetzung wird konkret

AG Gedenkstätten an Orten früher KZ gegründet

*In den letzten Mitteilungen berichteten wir über die erste bundesweite Fachtagung für Gedenkstätten an Orten früher KZ, die im September 2018 in Ulm und Bad Urach stattfand. Ausgehend von diesem Impuls trafen sich im Januar 2019 die Vertreter*innen der Gedenkstätten in Berlin erneut, um die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager (AGGOK) zu gründen.*

Nicola Wenge

Ziel der neuen Arbeitsgemeinschaft ist neben einem bundesländerübergreifenden Wissenstransfer die gegenseitige Unterstützung bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben sowie ein Austausch über die historisch-politische Bildungsarbeit. Bereits konkret formulierte Vorhaben sind die Erarbeitung und Realisierung einer öffentlichen Tagung sowie einer gemeinsamen Wanderausstellung für das Themenjahr 2023, in welchem sich die Machtübergabe an die Nationalsozialisten und mit ihr die Errichtung der ersten Konzentrationslager zum 90sten Mal jährt. Darüber hinaus soll schon im kommenden Jahr eine Handreichung für einen schulischen Projekttag zum Thema „Frühe Lager“ präsentiert werden. Wir freuen uns über diese neue

Form der kollegialen Zusammenarbeit, in der wir – zur Verblüffung und Freude der Teilnehmer*innen – schon in kürzester Zeit und nach konstruktiver Diskussion wichtige praktische Ziele definieren konnten. Dank auch an Thomas Lutz für die tatkräftige Unterstützung bei diesem Vorhaben als Gastgeber und Leiter des Gedenkstättenreferats der Topographie des Terrors.

INFO

Deutschlandweit wurden 1933 rund 100 frühe Konzentrationslager errichtet. Sie waren das Terrorinstrument, mit welchem die Nationalsozialisten ihre politischen Gegner ausschalteten und ihre Machtposition demonstrierten. Die heutigen Gedenkstätten und Erinnerungsorte machen diese einzigartigen historischen Orte sichtbar und zeigen auf, wie rasant und rücksichtslos der Übergang von einer Demokratie zu einer Diktatur verlaufen kann. In Zeiten nationalistischer und rechtspopulistischer Tendenzen in Deutschland und anderen Ländern Europas stehen Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager in besonderer Verantwortung.

Zu den ersten Mitgliedern zählen:

Baden-Württemberg:

Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (Ulm); Projekt Lernort Zivilcourage (Kislau)

Bayern:

KZ-Gedenkstätte Dachau

Berlin:

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße; Stiftung Topographie des Terrors

Brandenburg:

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (Oranienburg)

Hessen:

Gedenkstätte Breitenau (Guxhagen)

Niedersachsen:

Gedenkstätte Esterwegen; KZ-Gedenkstätte Moringen

Rheinland-Pfalz:

Gedenkstätte KZ Osthofen; Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt a. d. W.

Sachsen:

Geschichtswerkstatt Sachsenburg (Frankenberg/Sachsen)

Sachsen-Anhalt:

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Schleswig-Holstein:

Gedenkstätte Ahrensböök

Weitere Institutionen und Initiativen sind eingeladen, sich der AG anzuschließen.



Die Referent*innen der Fachtagung zu Gedenkstätten an den Orten früher KZ in Bad Urach, September 2018. Foto: LpB/Thomas Stein

Das DZOK lebt vom engagierten Einsatz vieler Ehrenamtlicher und zu einem großen Teil von Ihren Spenden.

Dafür Ihnen allen ein ganz herzliches Dankeschön! Bitte lassen Sie mit Ihrer Unterstützung nicht nach:

Spendenkonto IBAN: DE02 6305 0000 0007 6490 62; SWIFT-BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm)

Eine Ausstellung zu Polizei, Gestapo und Verfolgung an einem historischen Ort

Das Museum „Hotel Silber“

Friedemann Rincke, Kurator der Dauerausstellung im „Hotel Silber“

Anfang Dezember 2018 öffnete das „Hotel Silber“ seine Tore. Seitdem können sich Besucherinnen und Besucher über die Geschichte des Ortes – vor allem aber über die Geschichte der verschiedenen Polizeibehörden informieren, die das Gebäude im 20. Jahrhundert nutzten. Nachdem das Nobelhotel seinen Betrieb nach dem Ersten Weltkrieg einstellen musste, war das „Hotel Silber“ zwischen 1928 und 1984 eine Polizeidienststelle in der Stuttgarter Innenstadt. Zwischen 1933 und 1945 nutzte es die Politische Polizei bzw. die Geheime Staatspolizei als Zentrale für Württemberg und Hohenzollern.

Die Eröffnung des Museums „Hotel Silber“ hat eine bewegte Vorgeschichte. Eigentlich sollte der Bau zusammen mit anderen Gebäuden abgerissen werden, um einem von der Firma Breuninger und dem Land Baden-Württemberg geplanten Quartier mit Geschäften und Büros Platz zu machen. Eine Bürgerinitiative gründete sich mit dem Anliegen, für den Erhalt des historischen Ortes einzutreten. Nach einer kontroversen Debatte entschied die Landesregierung 2011, das „Hotel Silber“ zu erhalten. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg erhielt den Auftrag, in Kooperation mit der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e. V. ein Konzept für einen Erinnerungsort zu erarbeiten.

Zunächst aber war Grundlagenforschung zur Geschichte der Polizei und der Gestapo in Württemberg zu leisten und Recherchen nach möglichen Exponaten waren durchzuführen. Zu wenig war bisher bekannt und eine polizeihistorische Sammlung nicht vorhanden. Parallel begann ein jahrelanger gemeinsamer Arbeitsprozess. Ein Grobkonzept wurde vom Haus der Geschichte zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Initiative erarbeitet und anschließend in ein Ausstellungsnarrativ übersetzt. Ab 2016 kam eine weitere „Baustelle“ hinzu: Die drei halben Stockwerke, die für den Erinnerungsort vorgesehen waren, mussten saniert und für die neue Nutzung umgebaut werden.

Während des zum Teil von Kontroversen begleiteten Arbeitsprozesses



Das „Hotel Silber.“ Foto: Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Foto: Daniel Stauch Photography

war eines immer unstrittig: Das „Hotel Silber“ soll ein lebendiger, partizipativer und in die Gesellschaft hineinwirkender Ort werden. Drei Säulen sollen die Einrichtung tragen und helfen, diesem Anspruch gerecht zu werden: Als Diskussionsforum mit Veranstaltungen und Seminaren lädt das „Hotel Silber“ zur aktiven Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen politischen Themen und Fragen ein. Ein Raum für Wechselausstellungen ermöglicht es, Themen zu vertiefen und Schwerpunkte zu setzen. Das „Herzstück“ schließlich ist die Dauerausstellung. Von ihr ausgehend werden ergänzende Angebote, Workshops, Veranstaltungen und Themen für Begleitveranstaltungen entwickelt.

Die Dauerausstellung beleuchtet gut fünf Jahrzehnte Polizeigeschichte in Stuttgart und Württemberg. Im Zentrum steht die Geheime Staatspolizei. Das Besondere am „Hotel Silber“ ist die Möglichkeit, am historischen Ort die Vorgeschichte der Gestapo ebenso thematisieren zu können wie die Nachwirkungen weit über das Ende der NS-Diktatur hinaus. So beginnt die Ausstellung im Jahr 1928 mit der Frage, welche Rolle die Politische Polizei während der letzten Jahre der Republik in Württemberg spielte. Detailliert kann die Transformation dieser Polizei in ein Unterdrückungselement des NS-Staates nachgezeichnet werden. Gleichfalls spielt der schwierige Start der Stuttgarter Polizei nach 1945 und hier vor allem der Kriminalpolizei, die das „Hotel Silber“ dann nutzte, eine wesentliche Rolle. War diese

Polizei tatsächlich „neu“? Wieviel Personal mit NS-Belastung arbeitete nach 1945 im „Hotel Silber“? Welche Kontinuitäten gab es hinsichtlich der Verfolgung und Diskriminierung bestimmter Gruppen?

Im Mittelpunkt der 14 Ausstellungsräume steht immer das polizeiliche Handeln. Welche Aufgaben hatte die Polizei im „Hotel Silber“? Wie setzte sie diese Aufgaben um? Gleichzeitig werden die Folgen dieses Handelns für einzelne Personen, Gruppen, Verbände und Parteien in den Blick genommen. Ergänzend werden Informationen zur Organisation oder zur sachlichen und räumlichen Zuständigkeit gegeben.

Die Ausstellung wurde in den ersten Monaten von Einzelbesucher*innen und Gruppen außerordentlich gut besucht. Auch die verschiedenen Vermittlungsangebote, für die die Verknüpfung des historischen Ortes mit der Ausstellung essentiell ist, werden sehr gut angenommen.

 <https://www.geschichtsort-hotel-silber.de>

DZOK-EXKURSION INS MUSEUM „HOTEL SILBER“

Die Leiterin des Hauses der Geschichte, Prof. Dr. Lutum-Lenger, wird in einer Führung den Lernort mit Dauerausstellung vorstellen.

Termin: 06.07.2019, 14.30 Uhr
Anmeldung bis spätestens 28.06.2019
(info@dzok-uhl.de bzw. 0731 / 21312).
Geplant ist die gemeinsame Anreise mit der Bahn.

Ein streitbarer Stadthistoriker



Uwe Schmidt in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg, 20.11.1995. Foto: A-DZOK

Thomas Vogel, Günter Merkle

An kalten Tagen traf man ihn immer an mit einem roten Schal. Dieser war so etwas wie sein Markenzeichen und hatte natürlich eine tiefere Bedeutung: Er war ein um den Hals gewickeltes politisches Bekenntnis. Dass sein Herz weit links schlug, daraus machte Uwe nie und vor niemandem einen Hehl. Dass sein Herz tatsächlich ramponiert war, das aber wussten viele nicht.

Der Infarkt erwischte ihn in den frühen 1990er Jahren. Er steckte das weg, war frohen Mutes. Seine große Zeit als Lokal- und Regionalhistoriker lag ja noch vor ihm. Der Extrakt dieser Zeit liegt vielfach in gedruckter Form vor. So lang ist die Liste von Uwes Publikationen, dass hier einige Schlaglichter genügen müssen. Im Jahr 1989 konzipierte er für das Jubiläum „200 Jahre Ulmer Museumsgesellschaft“ Broschüre und Ausstellung im Ulmer Museum. Von 1990 bis 1994 war er für Projekte und Ausstellungen des Ulmer Stadtarchivs tätig. Daran schlossen sich bis 1999 Projekte auch für das Landesdenkmalamt an. 1999 war er an der vh-Ausstellung über die „Revolution 1848/49“ beteiligt. Einmal mehr ergrub er die Wurzeln der Demokratie in unserem Land, vielfach kreuzten

sich daher die Wege mit dem DZOK, dem er stark verbunden war.

Eine Schlüsselrolle spielte seine Dissertation über „Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution“, eine brillante historische Untersuchung über die politischen Vorgänge im reichsstädtischen (u.a.) Ulmer Bürgertum des ausgehenden 18. Jahrhunderts und die sich darin spiegelnden emanzipatorischen Prozesse. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass Uwe hier sein Lebens- und Berufsthema gefunden hatte. Und dass die Protagonisten von damals seine persönliche politische Haltung zutiefst mitgeprägt haben. „Revolutionär“ und „Reaktionär“ blieben ihm bis ins Heute gültige Kategorien.

Eine weitere tiefe Prägung brachte der Geist von „1968“, dessen Ausläufer er am Ulmer Humboldt-Gymnasium und später während des Studiums in Würzburg und vor allem in Freiburg erlebte und sich zueigen machte. Kein Wunder also, dass er innerhalb der Community der Lokalhistoriker zum „Revolutions-Schmidt“ wurde, was Uwe als Ehrentitel verstand.

1994 wagte Uwe den Versuch, seine von den Ideen des Humanismus und der Aufklärung geprägte Haltung in praktische Politik umzumünzen. In dem Jahr trat er für die SPD als Kandidat bei der Europawahl an. Während der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder trat er dann aus der Partei aus, vor allem aus Verärgerung über dessen Balkan-Politik.

Uwe stellte Prinzipientreue nicht selten über den Zwang des Faktischen. Sein Selbstbewusstsein war dabei stets intakt und stellte selbst für seine engeren Freunde so manches Mal eine Herausforderung dar. Er war ein unerschrockener Diskutant, manchmal auch ein Quälgeist, wenn er in der Kneipe die nächtliche Diskussion kaperte und auf die von ihm gewünschte thematische Spur brachte. Unfassbar häufig wurde im Café Omar damals über Aktualitäten der Französischen Revolution diskutiert.

Ein Uwe auf den Leib geschriebener Auftrag war, die Geschichte der Ulmer SPD zu beleuchten. Zu Ende führen konnte er diesen nicht mehr. Mitten in der Arbeit trafen ihn zwei fürchterliche Schicksalsschläge. In

Folge einer Operation erlitt er einen schweren Schlaganfall. Kaum leicht genesen, verstarb dann im Mai 2016 seine Ehefrau, die Ergotherapeutin Martina Jung, ebenfalls nach schwerer Krankheit.

Ausgerechnet er, der Mann der Worte, litt nun unter einem massiven Sprachproblem. Er zog sich zurück nach Breitingen, den heimeligen Ort der Kindertage, wo auch seine beiden Geschwister leben, die ihm in seiner schwierigsten Situation nun Rückhalt gaben.

Am 29. Dezember 2018 ist der Menschenfreund mit dem roten Schal verstorben. Er wird Ulm fehlen.

AUSWAHLBIBLIOGRAFIE

Albert Haug / Uwe Schmidt: *Teichel, Pumpen, Brunnen: Ulmer Trinkwasser im Spiegel von sechs Jahrhunderten. Zum 125jährigen Jubiläum der zentralen Ulmer Trinkwasserversorgung. Ulm 1998.*

Hartmut Knittel / Uwe Schmidt / Ulrich Seemüller: *Schduagr, Ulm ond Biberach...: 150 Jahre Eisenbahn in Biberach. Biberach an der Riß 1999.*

Uwe Schmidt: *Von Bürgern für Bürger: 100 Jahre Kuhbergverein. Ulm 2012.*

Uwe Schmidt: *Ein redlicher Bürger redet die Wahrheit, frei und fürchtet sich vor niemand. Eine Geschichte der Demokratie in Ulm. Aschaffenburg 2007.*

Uwe Schmidt: *Die Südbahn: Eisenbahn und Industrialisierung in Ulm und Oberschwaben. Ulm 2004.*

Uwe Schmidt: *Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution: Bürgeropposition in Ulm, Reutlingen und Esslingen. Stuttgart 1993. [zugleich: Diss. Uni Freiburg/Br., 1989/90]*

Uwe Schmidt: *Der Weg in die Moderne: Begleitbroschüre zur Wanderausstellung 200 Jahre Ulm, Ravensburg, Friedrichshafen und Leutkirch in Württemberg. Ostfildern 2010.*

Uwe Schmidt / Gebhard Weig: *Stationen der Ulmer Stadtgeschichte von 854 bis heute: Begleitbroschüre zur Dauerausstellung im Haus der Stadtgeschichte – Stadtarchiv Ulm. Ulm 2008.*

„Gedenkstätten – Zukunft lebendiger Erinnerung“...

... unter diesem Titel wirkte das DZOK am diesjährigen Internationalen Museumstag mit. Mehr als 265 Museen beteiligten sich allein in Baden-Württemberg am 19. Mai mit über 600 Angeboten an diesem Aktionstag, der jährlich vom Internationalen Museumsrat ICOM ausgerufen wird und in diesem Jahr unter dem Motto „Museen – Zukunft lebendiger Traditionen“ stand. Neben dieser programmatischen Ausrichtung hat das Motto auch verpflichtenden Charakter: die junge Generation anzusprechen und Raum für die Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart zu bieten.

in Kooperation mit der LpB veranstaltet wurde, zu lesen. Zwei Tage waren Lehrer*innen aus ganz Baden-Württemberg zu Gast in der Gedenkstätte. Unter dem Thema „Politische Verfolgung und Widerstand im NS – das württembergische Landes-Konzentrationslager Oberer Kuhberg und die Vermittlung von NS-Geschichte heute“ lernten sie neben den historischen Hintergründen die didaktischen Möglichkeiten des Gedenkstättenbesuchs kennen und diskutierten, wie der Gedenkstättenbesuch mit Schulalltag und Unterrichtsplanungen verzahnt werden kann. Die DZOK-Workshopleiter*innen Sandra Lambacher, Tobias Jeske und Martin

reich mit dieser Schule umgesetzt. Am ersten Tag lernten die Jugendlichen die KZ-Gedenkstätte kennen. Der konkrete Bezug zu menschlichen Schicksalen in den Räumen der Gedenkstätte führte zu einer empathischen intrinsischen Auseinandersetzung der Schüler*innen mit dem Ort. Nach der Führung mit Gedenkstättenpädagogin Annette Lein teilten sich die Lernenden in zwei Gruppen auf. Eine Gruppe entschied sich zu Filmaufnahmen, die andere verarbeitete das Erfahrene in einem Rap-Text. Die Teilnehmenden arbeiteten mit iPads an ihrem Projekt. Die Rap-Gruppe vertonte die Ergebnisse mit der App GarageBand, baute Loops und Beats zusammen und nahm die Texte auf. Die andere Gruppe schnitt ihr Videomaterial mit der App iMovie. Am Ende wurden die Ergebnisse zu einem Video zusammengeführt. Resümierend sagt Tom Mittelbach, dass „solche außerschulischen Projekte ein Baustein in der Entwicklung junger Menschen zu kritischen und mündigen BürgerInnen sind und dass es wichtig ist, aus der Kenntnis der Geschichte heraus Lehren zu ziehen, wie das eigene zukünftige Leben in einer pluralistischen Gesellschaft aussehen kann und soll.“ (AL)



Annika Hanrieder (3. v. r.) beim Rundgang am Internationalen Museumstag, 19.05.2019. Foto: A-DZOK

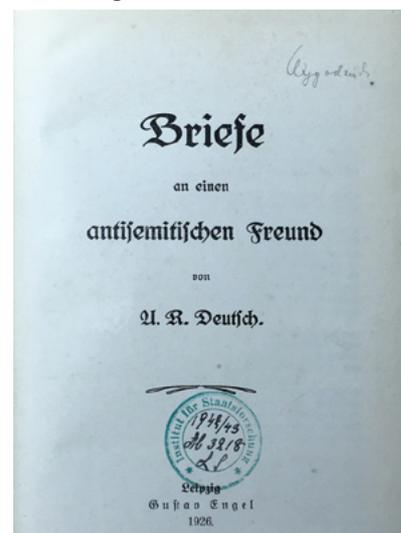
In Rundgängen und Gesprächen erhielten über 150 Besucher*innen in der Gedenkstätte Einblicke in den historischen Ort, aber auch in das vielfältige und innovative Arbeitsspektrum des DZOK. Zum Team aus haupt- und ehrenamtlichen DZOK-Mitarbeiter*innen gehörte an diesem besonderen Tag auch Annika Hanrieder, Medizinstudentin aus Ulm, die seit einigen Monaten Führungen anbietet. Als ehemaliges Mitglied der DZOK-Jugendgruppe engagiert sie sich u.a. auch für die Gewinnung junger Menschen für unsere Arbeit. (Annette Lein)

König legten in diesem Jahr in anwendungsorientierten Ansätzen ihre Schwerpunkte auf biografisches Arbeiten am historischen Ort, kreative sowie mediale Lernformen. In einem weiteren Panel des Seminars stellten DZOK-Mitarbeiter*innen neue Beispiele aus ihren Arbeitsfeldern vor, mit denen sie auf aktuelle Herausforderungen bei der Vermittlung von NS-Geschichte reagieren, z.B. mit neuen Forschungen, dem Landesbildungsserver und dem bibliothekspädagogischen Projekt. (AL)

„Was geht mich Eure Geschichte an?“...

... unter diesem Titel führte eine achte Klasse der Friedrich-Uhlmann-Schule Laupheim mit ihrem Lehrer Tom Mittelbach ein Mehrtagesprojekt durch. Zum zweiten Mal wurde das Projekt seit seiner Entwicklung 2014 erfolg-

NS-Raubgut in der DZOK-Bibliothek



Titelseite des Exemplars in der DZOK-Bibliothek. Foto: A-DZOK

In einem Buch, das sich bereits seit vielen Jahren im Bestand der DZOK-Bibliothek befindet (U. R. Deutsch: Briefe an einen antisemitischen Freund, Leipzig 1926), fiel ein verdächtiger Stempel auf: „Institut für Staatsforschung“. Dieses 1932 gegründete

„weil eine positive kreative Atmosphäre herrschte trotz des ernsten Themas“ ...

... war in einem der Auswertungsbögen unseres diesjährigen Lehrerseminars (04./05.04.2019), das

Institut unternahm im Auftrag des NS-Regimes Untersuchungen zu verwaltungsrechtlichen Fragen und war mit Kriegsbeginn für die deutsche Besatzungsverwaltung tätig. Seine Bibliothek bestand überwiegend aus Büchern, die Juden und Jüdinnen vor ihrer Flucht aus Deutschland zurücklassen mussten.

Der zweite Eigentumsvermerk auf der Titelseite deutet darauf hin, dass das Buch ursprünglich Benno Wygodzinski gehörte, einem 1879 geborenen Berliner Anwalt, der am 15.08.1942 nach Riga deportiert und dort am 18.08.1942 ermordet wurde (Quelle: www.bundesarchiv.de/gedenkbuch). Im OPAC der Staatsbibliothek zu Berlin (SBB) sind 31 Raubgut-Bücher aus Wygodzinskis Bibliothek verzeichnet, die meisten kamen über das „Institut für Staatsforschung“ an die SBB.

Wann das Buch in die DZOK-Bibliothek kam, lässt sich leider nicht nachvollziehen. Möglicherweise erfolgte der Zugang Mitte der 1990er Jahre, als das DZOK aus einem Magazin der ehemaligen Staatsbibliothek der DDR ca. 750 Publikationen erhielt.

Das Buch, bei dem es sich um sekundäres Raubgut handelt, erhielt einen Vermerk in der DZOK-Datenbank und wird an die Lost Art-Datenbank gemeldet. Eine Autopsie des gesamten fraglichen DZOK-Bestands auf weitere Raubgut-Bücher ist leider vorerst aufgrund der knappen personellen Ressourcen nicht möglich. (Nathalie Geyer)



Im nationalsozialistisch besetzten Europa fielen 500.000 Sinti und Roma dem Holocaust zum Opfer – einem Verbrechen, das sich wie die Ermordung der europäischen Juden jedem historischen Vergleich entzieht und in seinem Ausmaß unvorstellbar bleibt. Bis heute wurde der Völkermord an den Sinti und Roma in der Geschichtsschreibung noch nicht vollständig aufgearbeitet.

Aktuell ist die Integration und Förderung der Roma-Gemeinschaften eine

der größten Herausforderungen in den südosteuropäischen Donauländern. Etwa 80 % der 12 Millionen europäischen Roma leben in Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, Ungarn und Serbien – vor allem in den ärmeren und entlegeneren Gebieten, diskriminiert und in immer noch menschenunwürdigen Verhältnissen.

Unter dem Titel ROMNO POWER FESTIVAL veranstaltet die Europäische Donauakademie in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Sinti und Roma zur Förderung des kulturellen Dialogs Sinti und Roma-Kulturtag von 13.-21. September 2019 in Ulm – mit Konzerten, Lesungen, Film- und Diskussionsveranstaltungen. Das vollständige Programm erscheint im Juni 2019. (Peter Langer)

Friedliches Zusammenleben im ehemaligen Jugoslawien

Eine Diskussionsveranstaltung mit einer serbischen NGO und dem DZOK veranstaltet das Donauschwäbische Zentralmuseum (DZM) am 04.07.2019 in Kooperation mit dem Donaübüro. Geplant ist ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu folgenden Fragen: Wie können zivilgesellschaftliche Gruppen durch eine kritische Beschäftigung mit der eigenen Geschichte zu einem gesellschaftlichen Friedensprozess beitragen? Wie lassen sich Feindschaften zwischen verschiedenen (Volks-)Gruppen überwinden und was können wir zum Thema gesellschaftliche Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit voneinander lernen? Das CNA (Centar za Nenasilnu Akciju/Centre for nonviolent action) wurde 1997 in Sarajevo gegründet und organisierte zunächst Trainings in gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Zum Team von CNA gehören Frauen und Männer mit unterschiedlicher Herkunft (aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro) und biografischem Hintergrund, darunter Kriegsdienstverweigerer ebenso wie Kriegsveteranen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, die Konflikte, die zum Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien führten und die in den Nachfolgestaaten teilweise weiter existieren, sichtbar zu machen und zu überwinden. CNA konnte ein grenzüberschreitendes Netzwerk von Friedensaktivist*innen aufbauen, dem Expert*innen und

Multiplikator*innen aus dem Bildungssektor, aus NGOs, aus den Medien, sowie Vertreter*innen von Veteranenverbänden und politischen Parteien angehören. Das CNA hat im vergangenen Jahr eine Ausstellung über die Geschichte der Donauschwaben in Serbien organisiert, was der Anlass für das DZM war, die Organisation nach Ulm einzuladen, um zu fragen, unter welchen Bedingungen und wie die CNA ihre Arbeit macht. Wir freuen uns auf diese besondere gemeinsame Veranstaltung. (Nicola Wenge)

Im Herzen der Stadt. Im Herzen Gottes ...

... unter diesem Motto fand am 31.05.2019 um 19:30 ein besonderer Gottesdienst im Ulmer Münster statt. Organisiert von der Ulmer Gruppe „Queer-Christ-Ulm“ setzte der Gottesdienst am Vorabend des Christopher Street Day (CSD) im „Herzen“ der Stadt Ulm ein Zeichen für Toleranz und Menschenwürde. 2019 wird zum CSD ein besonderer Jahrestag gefeiert, denn am 28.06.1969, vor 50 Jahren, begann in der New Yorker Christopher Street, was später als „Stonewall-Aufstand“ bezeichnet wurde. Der handfeste Widerstand von Homo- sowie Transsexuellen, die sich gegen die diskriminierenden Razzien der New Yorker Polizei wehrten, wurde ein weltweites Symbol des „Gay Pride“ und stellte einen Wendepunkt im Kampf um Gleichbehandlung und Anerkennung dar. Grund genug, im Gottesdienst an diesen langen Kampf zu erinnern und gleichzeitig auch der Ulmer Opfer der langen Verfolgung von Homosexuellen und Transpersonen zu gedenken. Das DZOK konnte hier mit einer Darstellung zur Verfolgung der Homosexuellen im Nationalsozialismus und konkreten Lebensgeschichten Ulmer Verfolgter seinen Teil zum Gelingen des Abends beitragen. Zu einem Zeitpunkt, da die gesellschaftliche Gleichstellung und Anerkennung der LSBTTIQ*-Gemeinschaft scheinbar erreicht ist, gleichzeitig aber weiterhin zum Teil heftige Kontroversen über sie in Kirche und Gesellschaft geführt werden und weltweit Diskriminierung und Übergriffe zunehmen, ist ein CSD-Gottesdienst im Herzen Ulms immer noch etwas ganz Besonderes. (Josef Naßl)

In diesem Jahr findet zum zweiten Mal...

... das Grauzonen-Festival „Rock dein Leben“ auf dem Laichinger Segelflugplatz statt. Auch bei der zweiten Auflage der Musikveranstaltung Ende Juli 2019 treten Bands auf, die der sogenannten Grauzone zugeordnet werden können. Das Ulmer Bündnis gegen Rechts hatte bereits im letzten Jahr auf die Problematik aufmerksam gemacht und vor Ort eine Kundgebung organisiert. Am 09.04.2019 veranstaltete das Bündnis im Alten Rathaus Laichingen einen Vortrag mit dem Rechtsextremismus-Experten Sebastian Lipp vom Recherchekollektiv „Allgäu rechtsaußen“. Er informierte die Anwesenden über den Haupt-Act Frei.Wild, deren rechtsextreme Vergangenheit und den Inhalt verschiedener Lieder, die antisemitische und völkische Elemente enthalten. Etwa 30 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil. (Mareike Wacha)

Nominiert für den Landesmedienpreis ...

... der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) ist Radio FreeFM mit einer Sendung der Kinderradiogruppe „Freitagsreporter“ der e.tage medienbildung des Stadtjugendrings unter Leitung von Claudia Schwarz. Die acht Reporter*innen im Alter von zehn bis dreizehn Jahren sind mit ihrer Reportage „Die Anfänge der NS-Zeit in Ulm“ angetreten und schafften es unter die ersten drei Nominierten im Bereich Hörfunk des begehrten Preises. Die Radiosen-

dung entstand im Frühsommer 2018 in Zusammenarbeit mit dem DZOK. Neben einem Zeitzeuginneninterview gab Nicola Wenge ein ausführliches Interview zum Nationalsozialismus in Ulm. Gedenkstättenpädagogin Annette Lein und Volontärin Mareike Wacha begleiteten die Kinder durch die KZ-Gedenkstätte. Im Herbst erarbeiteten die „Freitagsreporter“ eine Sendung zum Thema „Jüdisches Leben in Deutschland heute“ im Rahmen des Begleitprogramms zur gleichnamigen Sonderausstellung. Beide Reportagen können auf der Webseite der e.tage medienbildung nachgehört werden. (MW)

Populisten Paroli bieten ...

... dazu will eine Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung BW am 19./20.07.2019 im Hospitalhof Stuttgart anregen. Ausgewiesene Expert*innen referieren zu den Themen „Populismus und Demokratie“, „Die Wählerinnen und Wähler der Rechtspopulisten“ und „Rechtspopulismus und Kommunikation.“ Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, mit welchen Strategien Politik, Medien, Wissenschaft und politische Bildung dem Populismus begegnen sollten. Einem ersten Tag mit Vorträgen, Diskussionen und einem prominent besetzten Podiumsgespräch folgt ein zweiter (fakultativer) Tag mit praxisorientierten Workshops für generell Interessierte und speziell auch für ehrenamtlich Engagierte im Bereich der Gedenkstättenarbeit. Zum Umgang mit Rechtspopulismus diskutieren am Abend des ersten

Tages Muhterem Aras (Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg), Prof. Dr. Frank Brettschneider (Universität Hohenheim), Dr. Timm Kern (stv. Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg), Markus Pfalzgraf (SWR-Landespolitik) und Dr. Nicola Wenge (Leiterin des DZOK). Moderation: Katharina Thoms, SWR-Landespolitik. (NW)

Weitere Infos unter:

<https://www.hospitalhof.de/programm/190719-populisten-paroli-bieten/>

„NS-Justiz in Stuttgart“ ...

... heißt eine neue Dauerausstellung im Landgericht Stuttgart, die das Haus der Geschichte Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Oberlandesgericht und dem Landgericht entwickelt hat. Den Anstoß hierzu gaben kritische Juristen wie Fritz Endemann, Verwaltungsrichter im Ruhestand, oder der Landesvorsitzende des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“ Dr. Alfred Geisel bereits in den 1980er/1990er Jahren. Die Ausstellung besteht aus einer Dokumentation im 1. Obergeschoss des Gebäudes sowie aus Stelen auf dem Vorplatz des Gerichts in der Urbanstraße 20. Die Stelen sind den 423 Menschen gewidmet, die von 1933 bis 1944 im nördlichen Lichthof des alten Justizgebäudes hingerichtet wurden. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Strafjustiz und die Radikalisierung der Urteils- und Hinrichtungspraxis von 1933 bis 1945. Beleuchtet werden außerdem die Biografien von Richtern und Staatsanwälten, die an Todesurteilen mitwirkten. Ein eigener Erinnerungsort ist den jüdischen Juristen und Juristinnen im Landgerichtsbezirk Stuttgart gewidmet, die in der NS-Zeit entrechtet, vertrieben und ermordet wurden. (NW)

Quelle:

<https://www.hdbg.de/ausstellungen/ns-justiz/>



Die „Freitagsreporter“ bei der Finissage der Sonderausstellung „Jüdische Lebenswelten in Deutschland heute“ in der Synagoge mit Annette Lein (1.v.li.), Claudia Schwarz (4.v.li.), Mareike Wacha (3.v.re.), Christine Grunert von der Koordinierungsstelle Internationale Stadt (2.v.re.) und Rabbiner Shneur Trebnik (1.v.re.), 12.12.2018. Foto: A-DZOK

Herausforderung des Digitalen...

... für Gedenkstätten und Dokumentationszentren. Unter diesem Motto findet das 65. Bundesgedenkstättenseminar vom 27.-29.06.2019 in den Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution, so der neue Name des vormaligen Interna-

Medikamente zu Tode kamen. An sie wird im Gedenkteil des Buches – zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges – mit Vor- und Zunamen sowie Geburts- und Sterbedatum erinnert. Daneben gedenkt das Buch weiterer 1176 Münchner »Euthanasie«-Opfer, die im Rahmen der »Aktion T4« von 1940 bis 1941 in Tötungsanstalten vergast oder während des Zweiten Weltkriegs in »Kinderfachabteilungen« und Konzentrationslagern ermordet wurden. Dass das Gedenkbuch alle Opfer namentlich listet, ist keineswegs selbstverständlich. Die Herausgeber*innen orientieren sich damit am Ergebnis der Berliner Tagung zur Frage der Namensnennung der »Euthanasie«-Opfer im Jahr 2016, das die Nennung der Namen der Opfer, ihrer Lebensdaten sowie der letzten Anstalt vor einer eventuellen Deportation als unbedenklich einstufte. (S. 21-23) Das Münchner Gedenkbuch verfolgt damit das Ziel, „jeden einzelnen ermordeten Menschen als Individuum zu würdigen, an das Unrecht, das ihm angetan wurde, zu erinnern und ihn in das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft [...] zurückzuholen.“ (S. 22)

Im ersten Teil des Buches wird in Aufsätzen zum historischen Hintergrund ein Blick auf „Zwangsterilisation und Patientenmorde im Nationalsozialismus“, auf die „Geschichte der Münchner Psychiatrie“ sowie auf „Institutionen, Täter und Beteiligte in München und Oberbayern“ geworfen. Weitere Beiträge befassen sich mit der »Kindereuthanasie« in Eglfing-Haar und den „Deportationen der Münchner Psychatriepatienten im Rahmen der »Aktion T4«“. Beleuchtet werden auch die Angehörigen der Patient*innen sowie die Situation der Münchner Psychiatrie nach dem Krieg. In allen Abhandlungen wird „auf die Nennung des vollständigen Namens dort verzichtet, wo diskriminierende medizinische Bewertungen, Diagnosen oder Details aus der Familiengeschichte genannt werden und die Veröffentlichung nicht auf einem Einverständnis der Angehörigen beruht.“ (S. 23) Am Ende des Buches finden sich Lebensläufe und Krankengeschichten einzelner Münchner »Euthanasie«-Opfer – teilweise recherchiert und geschrieben von den Nachkommen selbst. Sie machen zum Teil die langjährige Tabuisierung der psychischen Erkrankung innerhalb einer Familie und über Generationen hinweg erfahrbar. Das Münchner Gedenkbuch ist ein

wichtiger historischer Beitrag auf dem Weg zu mehr Alltäglichkeit psychischer Erkrankungen. Zwar weist es ein paar Inkonsistenzen auf, lässt teilweise Rückschlüsse auf Patientin oder Patient zu, über die womöglich keine Auskunft gegeben werden sollte. Doch für die gesellschaftliche Zukunft ist es in der Gegenwart unerlässlich. Es weckt die Hoffnung, dass psychische Erkrankungen künftig keinem Stigma mehr unterliegen, dass Erkrankte und Angehörige keine gesellschaftliche Repression mehr fürchten müssen, dass sich kein Mensch für seine Erkrankung – sei sie nun körperlich, psychisch oder seelisch – schämen muss.

Isabell Gamperling

Moritz Fischer:
Zwangsterilisation und „Euthanasie“ in Landshut. Landshut: Stadtarchiv Landshut 2018. 327 S., 20 €.

Anders als das Team des Münchner Gedenkbuches hat sich der junge Historiker (Jg. 1995) vorgenommen, die Geschichte beider noch wenig beachteter Opfergruppen in seiner Heimatstadt Landshut zu erforschen und zu beschreiben. Da in Ulm eine Publikation mit einer ähnlichen Zielsetzung im Entstehen ist und es über die Zwangsterilisation noch nicht viel Literatur gibt, ist diese lokale Studie aus der niederbayerischen Stadt auch hier in Ulm von Interesse.

In beiden Hauptteilen referiert der Autor zunächst die medizinischen und juristischen Debatten, die z. T. schon seit Ende des 19. Jahrhunderts den Gesetzgebungsmaßnahmen in der NS-Zeit voraus gingen. So gibt er beim Thema Zwangsterilisation anfangs einen Überblick über die Entwicklung des eugenischen Denkens in und außerhalb Deutschlands. Dessen Ziel war, „gutes“ Erbgut zu fördern und „krankes“ oder „schlechtes“ Erbgut zu unterdrücken, wobei als „günstigste“ Methode mehr und mehr die Zwangsterilisation propagiert wurde. Der Autor weist darauf hin, dass es dabei nicht nur um tatsächliche Erbkrankheiten ging, sondern in großem Umfang um die Einschränkung des Nachwuchses von Eltern aus armen Verhältnissen oder mit einer Lebensweise außerhalb der gesellschaftlichen Normen. Viele dieser Ansichten flossen in das „Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses“ ein, das bereits im Juli 1933 beschlossen wurde. Moritz Fischer beschreibt

schließlich, wie dieses Gesetz in Landshut umgesetzt wurde, wobei er darauf verweist, dass „lokale Akteure und nicht zentrale Instanzen“ über die Sterilisation einer Person entschieden (S. 9). Er gibt den Ablauf solcher Verfahren wieder, die jeweils mit einer Anzeige beim Gesundheitsamt eingeleitet wurden. Nach einer Prüfung und Untersuchung der betreffenden Person entschied der Amtsarzt über die Weiterleitung des Verfahrens an das Erbgesundheitsgericht Landshut. Dort traf jeweils ein Amtrichter zusammen mit einem verbeamteten Arzt und einem niedergelassenen Arzt die Entscheidung über eine Zwangsterilisation. Der Autor vergleicht die in intensiven Aktenstudien gewonnenen Erkenntnisse über soziale Herkunft, Alter und Geschlecht der Denunzierten und die Begründungen für den Eingriff mit Zahlen aus Passau und auch reichweiten Zahlen. Außerdem schildert er in Kurzbiografien die am Landshuter Erbgesundheitsgericht tätigen Männer und ihren beruflichen und politischen Werdegang während und nach der NS-Zeit. Sein letzter Blick in diesem Teil gilt jedoch wieder den ca. 430 Opfern der Zwangsterilisation aus Landshut und Umgebung, nämlich der Durchführung des Eingriffs und seinen Folgen.

Auch beim zweiten Buchthema, der „Euthanasie“, gibt Fischer zunächst einen hervorragenden Überblick über die Theorien und Planungen vor und während der NS-Zeit bis hin zum geheimen Führererlass von Oktober 1939 zur Durchführung des „T4“-Mordprogramms sowie der schon vorher begonnenen Organisation der Ermordung von Kindern in sogenannten Kinderfachabteilungen. Aus der Sicht des Autors gab es keine lineare Verbindung zwischen Eugenik/Zwangsterilisation und „Euthanasie“ (S. 122, auch S. 194). Er schildert, wie geistig oder körperlich beeinträchtigte Menschen aus Landshut, die größtenteils in Pflegeheimen lebten, im Rahmen der T4-Planungen in der Regel zunächst in andere Anstalten verlegt wurden. Von dort wurden fast alle in die Vernichtungsanstalt Hartheim gebracht und dort vergast. Die ehemalige Pflegeanstalt Hartheim in Österreich war bis März 1940 dafür umfunktioniert worden wie kurz vorher Grafeneck in Württemberg. Ohne auf Vorstudien zurückgreifen zu können hat Moritz Fischer das Schicksal von 56 Landshuter Opfern

der „Aktion T4“ und von vier Opfern der Kinder-„Euthanasie“ erforscht. Er versuchte außerdem, aus den Kranken- und Sterbeakten von Pflegeanstalten, in denen sich nach Abbruch der „T4“-Maßnahmen 1941 noch Landshuter Bürger*innen befanden, Aufschlüsse über die dezentrale „Euthanasie“ also Ermordung durch Verabreichung einer „Hungerkost“ oder Vernachlässigung – zu bekommen. Natürlich muss auch er wie die Münchner Publikation zugeben, dass man über diese Verbrechen keine verlässlichen Informationen mehr gewinnen kann. Doch geht es ihm sowieso nie nur um Zahlen, sondern immer auch um eine empathische Darstellung des Leids der Menschen. Ein Brief eines verängstigten Heimbewohners vor seinem Abtransport findet in dem Buch z.B. ebenso Platz wie die Schilderung von Pflegepersonal der nahegelegenen Pflegeanstalt Mainkofen über die abgemagerten Kranken und ihre mangelhafte Versorgung mit Kleidung und Bettzeug in den Jahren 1944/45.

Zu vielen Aussagen des Autors gibt es Quellen- oder Literaturverweise, ein Orts- und Personenverzeichnis erleichtern die Orientierung und Kurzbiogramme ergänzen die Informationen zu den Agierenden auf der überörtlichen Ebene. Fischer setzt sich selbstbewusst mit der historischen Forschung auseinander – so z. B. mit Götz Aly und dessen Anmerkungen zu einer möglichen Gleichgültigkeit bei Verwandten von „Euthanasie“-Opfern. Wohltuend geradlinig ist, wie er Forderungen hinsichtlich der Namensnennung von Opfern, wie man sie etwa dem Sammelband zur Berliner Konferenz zu „Gedenken und Datenschutz“ entnehmen kann, auch selbst befolgt: Im Anhang gibt es eine alphabetische Liste mit vollem Namen, Geburts- und Sterbedatum der Landshuter „T4“-Opfer zu deren Gedenken. Bei der Wiedergabe von problematischen Diagnosen oder von herabwürdigenden Aufzeichnungen über Opfer der Zwangssterilisation verzichtet Fischer jedoch sogar auf abgekürzte Namen.

Diese Studie besticht durch ihren übersichtlichen Aufbau, ihren Forscherfleiß und ihre klare Sprache und Haltung. Sie kann als Einführung in die zwei schwierigen Themenbereiche und auch als gutes Beispiel für die gewinnbringende Arbeit an lokalen Quellen unbedingt empfohlen werden.

Karin Jasbar

Thorsten Noack:

NS-Euthanasie und internationale Öffentlichkeit: Die Rezeption der deutschen Behinderten- und Krankenmorde im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2017. 265 S., 34,95 €.

Der Autor arbeitet als Arzt und als Dozent am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin an der Universität Düsseldorf.

Er geht mit seiner vergleichenden Studie der Frage nach, wie Politik und Öffentlichkeit in den drei Ländern USA, Großbritannien und Schweiz auf die Nachrichten von den Behinderten- und Krankenmorden aus Deutschland reagierten und wie die ausländischen Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden und möglicherweise Einfluss auf die damalige Politik Nazi-Deutschlands nahmen. Die Auswahl der Länder ist vor allem der damaligen politischen und militärischen Situation geschuldet. In dieser frühen Kriegsphase war die Schweiz eines der wenigen demokratischen Länder in Europa, das nicht besetzt war und wo aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft ein direkter Austausch von Informationen bestand. Für Großbritannien, bis 1941 der einzige verbliebene Kriegsgegner Deutschlands, stellte sich die Frage nach der propagandistischen Verwendung der Thematik und in diesem Zusammenhang auch die nach der Haltung der deutschen Bevölkerung dazu. Die USA war zu diesem Zeitpunkt noch neutraler Staat, beherbergte gleichzeitig aber auch viele deutsche Flüchtlinge.

Noack geht auch kurz auf die Vorgeschichte der „Euthanasie“-Morde ein. Er erinnert daran, dass es insbesondere in den USA eine lange Tradition von Zwangssterilisation psychiatrischer Patient*innen gab. Zwar gab es auch in anderen Ländern Diskussionen über die ökonomische und gesellschaftliche Notwendigkeit von Sterilisation und Sterbehilfe, aber nirgendwo war die „sprachliche Entmenschlichung“ so ausgeprägt wie in Deutschland.

Fast alle ausländischen Berichte beziehen sich auf die sogenannte „Aktion T4“, die im Oktober 1939 begann und im August 1941 beendet wurde, nachdem über 70.000 behinderte und kranke Menschen in den Tötungsanstalten Grafeneck, Hadamar, Sonnenstein, Bernburg, Brandenburg und Hartheim ermordet

worden waren.

In den USA gab es eine ganze Reihe diplomatischer Berichte an das Außenministerium und auch Berichte einiger amerikanischer Tageszeitungen über die Mordaktionen mit mehr oder weniger genauen Details – namentlich Grafeneck wurde mehrmals erwähnt – ohne dass eine offizielle Reaktion der Politik bekannt wurde und ohne bei den Leser*innen auf breite Resonanz zu stoßen. Das Simon-Wiesenthal-Center kam 1999 zum Ergebnis, dass die meisten Berichte wohl in der Ämterhierarchie nicht nach oben gereicht wurden. Von Regierungsseite bestand vor allem die Sorge, dass die amerikanische Öffentlichkeit diese Berichte als erfunden oder übertrieben betrachten könnte. Viele Amerikaner*innen – so Noack – hielten die Berichte für britische Propaganda, um die USA zum Kriegseintritt zu bewegen. Darüber hinaus bestanden in den USA zu diesem Zeitpunkt durchaus breite politische Sympathien für Nazi-Deutschland. Es war vor allem der Journalist William Shirer, der im Sommer 1941 mit einem Bericht im auflagenstarken Reader's Digest die Verbrechen in der US-amerikanischen Öffentlichkeit als glaubwürdig bekannt gemacht hat.

Nach Großbritannien gelangten Berichte nur indirekt, da in Deutschland keine offiziellen britischen Vertreter oder Journalisten arbeiten konnten. Den Akten zufolge hat das britische Außenministerium weit mehr Berichte erhalten als das amerikanische und war Ende 1940 über wesentliche Fakten der Anstaltsmorde informiert. Dennoch wurden diese Informationen kaum propagandistisch genutzt. Noack vermutet als Grund die Einschätzung, dass die deutsche Bevölkerung die „Euthanasie“-Morde mehrheitlich nicht ablehnen würde. Der damals wohl berühmteste deutsche Schriftsteller, Thomas Mann, berichtete in einer über BBC ausgestrahlten Sendereihe „Deutsche Hörer“, dass „in deutschen Krankenhäusern Schwerverwundete zusammen mit Alten, Gebrechlichen, Geisteskranken mit Giftgas zu Tode gebracht werden...“. Insgesamt aber informierte die britische Presse nur sehr wenig und sehr zurückhaltend über die Geschehnisse. Noack vermutet auch hier die Sorge, dass die eigene Bevölkerung derart fantastisch klingende Nachrichten als unwahr und übertriebene Propaganda ablehnen würde.

Für die Schweiz benennt Noack ein „wissendes Schweigen“. Es fällt

auf, dass offizielle Berichte über die „Euthanasie“-Morde im Vergleich zu den USA und Großbritannien sehr viel mehr umschreibend und eher verschleiern waren. Noack unterstellt als Gründe neben einer grundsätzlichen Schweizer „Kultur der Zurückhaltung“ insbesondere ein gesellschaftliches Klima der Bedrohung durch den übermächtigen Nachbarn; das habe wesentlich zu einer Art Selbstzensur beigetragen. Dazu passt, dass die Schweizer Presse deutlich weniger über die Patientenmorde berichtete als die britische und amerikanische Presse. Ausländische Berichte, so zum Beispiel die bereits erwähnte Reportage von William Shirer, wurden von der Schweizer Zensurbehörde häufig verboten.

Zum Schluss geht Noack noch auf das Bekanntwerden der Morde in Deutschland selbst ein. Haben die internationale Berichterstattung und die Gerüchte in der deutschen Bevölkerung dazu geführt, dass Hitler die „Aktion T4“ im August 1941 stoppte? Er kommt – wenig überraschend – zum Ergebnis, dass das Ende der „Aktion T4“ „multifaktoriell“ bedingt war. Angesichts der für Deutschland schwierigen Kriegslage, insbesondere in der Sowjetunion, sollte die breite Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum NS-Regime unbedingt erhalten bleiben. Gerüchte wie über die Einbeziehung von „verdienten Volksgenossen“, also verwundeten Soldaten und alten Menschen, in die Vernichtung sollten deshalb vermieden werden.

Im Anhang des Buches finden sich noch eine ganze Reihe historischer Berichte. Insgesamt ist die Fülle der detaillierten Informationen – die den Text bisweilen etwas schwer zu lesen machen – eine Fundgrube für alle am Thema Interessierten.

Franz Schweitzer

**Peter Kalchthaler/Tilmann von Stockhausen (Hg.):
Freiburg im Nationalsozialismus.
Freiburg i. Br./Berlin/Wien: Rom-
bach Verlag 2017. 191 S., 24 €**

Von November 2016 bis Oktober 2017 wurde im städtischen Augustinermuseum der Stadt Freiburg die Ausstellung „Nationalsozialismus in Freiburg“ gezeigt. Sie hatte den Anspruch, im regionalen Blickwinkel der Gegenwart einen Gesamtüber-

blick zur historischen Epoche des NS zu geben. Thematisiert wurden Institutionen und Exponenten des Regimes und dessen Akzeptanz in der Bevölkerung. Den anderen Schwerpunkt bildete der Widerstand gegen das Regime und dessen Opfer.

Die Ausstellung wurde begleitet von einer Reihe von Vorträgen, die sich auf Freiburg bezogen und die im vorliegenden Sammelband zusammengefasst sind. Autoren sind vorwiegend heutige Repräsentanten der Freiburger Geschichtskultur. Die neun Themen: das Entstehen der Ausstellung und ihre Konzepte, „Ausmerze“ und Vernichtung „artfremder Rassen“, Erzbischof Conrad Gröber, Baupolitik, Universitätsmedizin, der Volkskundler Johannes Künzig, Martin Heidegger, Fastnacht zwischen Volksbrauch und „Volkstum“ und das Augustinermuseum.

Die Auswahl der Themen orientiert sich weitgehend an solchen Repräsentanten ihrer Institutionen, die dem Regime zumindest nahestanden oder es sogar als Ideologen und Amtsträger verkörperten. Der Band erschien 70 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus, was bedeutet, dass die Spuren in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik teilweise nachgezeichnet werden und dabei die wissenschaftliche Rezeptionsgeschichte ausgewertet wird.

Einige Beispiele:

Conrad Gröber, Erzbischof in Freiburg von 1932 bis zu seinem Tod 1948 (geboren 1872), war einer der Vertreter der katholischen Kirche in Deutschland, die angesichts der demokratisch-säkularen Strömungen der Weimarer Zeit sich gleich 1933 mit der Autorität seines Amtes aktiv (in Gröbers Fall als Fördermitglied der SS) oder zumindest dulgend dem NS anschlossen. „Weimar“, das war für ihn „Judenherrschaft“. Heutige Gröber-Apologeten, von denen es nur wenige (in seiner Heimatstadt Meßkirch wurde ihm die Ehrenbürgerschaft aberkannt) gibt, verweisen auf sein Eintreten gegen die „erbhygienischen“ Gewaltakte des Regimes. Nicht unähnlich zu Gröbers weimarfeindlicher Position war die „fundamental-ontologische“ Philosophie von Martin Heidegger, der gleichfalls in Meßkirch (1889) geboren wurde. Er sympathisierte seit Anfang der 1930er Jahre mit dem Nationalsozialismus und seinem „Führerprinzip“ und ließ sich im April 1933 zum Rektor der Universität wählen. Er blieb bis zum Ende – zwar etwas

ernüchtert, weil gekränkt – loyaler NS-Anhänger. Heidegger, der zunächst katholische Theologie studiert hatte, entwickelte eine Philosophie des „Seyns“, die grundlegend antimodern war. Das hieß im Kontext der Zeit „anti-jüdisch“. Auch wenn in Heideggers zu seiner Zeit publizierten Werken Antisemitismus nicht explizit auftaucht, wird seine antijüdische Grundhaltung in seinen „Denktagebüchern“, den „Schwarzen Hefen“, die er ab 1932 führte, die aber erst 2014 veröffentlicht wurden, deutlich sichtbar. Rüdiger Safranski umreißt im vorliegenden Band sehr eindrucksvoll einige wichtige Linien in Heideggers Leben und Denken.

Auch die Freiburger Baupolitik im NS war grundlegend gegen die „bol-schewistischen Sünden“, womit vorwiegend das „Bauhaus“ gemeint war, in der Weimarer Zeit gerichtet. Das Projekt einer monumentalen Festhalle wurde wegen des Krieges nicht realisiert.

Unter den im Sinn der „Rassenhygiene“ exponierten Freiburger Mediziner sind vor allem der Anatom Eugen Fischer (bis 1927) und Waldemar Hoven zu nennen. Hoven hatte 1943 mit einer Arbeit, „Versuche zur Behandlung der Tuberkulose [...]“, mit „sehr gut“ promoviert. Die Arbeit beruhte auf Versuchen mit KZ-Häftlingen und war ihm weitgehend von einem Häftling geschrieben worden. Hoven war Lagerarzt im KZ Buchenwald, wurde im Nürnberger Ärzteprozess verurteilt und 1948 hingerichtet.

Der Freiburger Psychiater Alfred Hoche (1865-1943) war mit dem Juristen Karl Binding Autor der 1920 erschienenen Schrift, „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“, einer Schrift, die theoretisch das Mordprogramm der NS-„Erbhygiene“ vorweg nahm.

Fazit: Der vorliegende Band ist kein wissenschaftliches Werk. Aber er vermittelt einen Einblick in markante Aspekte des Nationalsozialismus Freiburger Prägung. Aus der Perspektive Ulms zeigen sich unterschiedliche Voraussetzungen nationalsozialistischer Theorie und Praxis. Die politisch-gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Baden und Württemberg, zwischen Katholizismus und Protestantismus, zwischen akademischer und militärischer Prägung sind dabei die auffälligsten Merkmale.

Silvester Lechner

Tatsächlich hält man hier ein Buch in Händen, das die Lesenden in Europa – wie bei der Lektüre eines guten Romans – zu sich selbst mitnimmt, mitnehmen sollte. Einstieg ist die kleine, die persönliche Geschichte. Sie nimmt uns vordergründig mit ins gänzlich Biografische einer deutsch-französischen Familie. Aber die große Geschichte nach 1933 durchkreuzt und überlagert diese Leben mit mehr Schatten als Licht. Damit erweitert diese Form eines Romans seine Erzählwelt um den großen Diskurs einer internationalen Biografie, die den historischen, politischen, sozialpsychologischen und mentalen Hintergrund zweier – gegebenenfalls aller europäischer – Familien im 20. Jahrhundert ausleuchtet. Ausgangspunkt ist die Geschichte einer „gewöhnlichen deutschen und einer gewöhnlichen französischen Familie“, zweier Großväter, der eine „Mitläufer“ der Nazis, der andere – „Papi“ – Gendarm im Dienste Vichys. Weit unter Wert erwarb Schwarz' deutscher Großvater 1938 die Mineralölgesellschaft eines Mannheimer Juden. Nach 1945 wehrt dieser Karl Schwarz über Jahre hinweg die Restitutionsansprüche des enteigneten Überlebenden in „larmoyantem Tonfall“ ab: „Obwohl wir [...] das grausame Schicksal Ihrer Glaubensgenossen nicht gewollt haben, müssen wir nun alle darunter leiden.“ (S. 93) Dieser Gefühlsmangel – Alexander und Margarete Mitscherlich nennen es 1967 die „Unfähigkeit zu trauern“ – gründete in den frühen Jahren der Bundesrepublik das Ansinnen auf Straffreiheit, über dessen kritische Resonanz sich Konrad Adenauer noch 1955 erregte: „Ich meine, wir sollten jetzt mit der Naziriecherei Schluss machen.“ (S. 96) Erst Initiativen wie die Fritz Bauers als hessischer Gene-

ralstaatsanwalt 1956 bis 1968 hegten die allgemein zu beobachtenden Verdrängungsimpulse ein. Und als 1965 die Frage strafrechtlicher Verjährung der Verbrechen der Nazis diskutiert wurde, unterstrich der Philosoph Karl Jaspers in einem Spiegel-Interview: „Für Völkermord gibt es keine Verjährung.“ (S. 166) In Frankreich hielt die „Kraft der Schweigespirale“ (S. 196) dreißig Jahre an. Denn Vichy war weder ein siegreiches noch ein widerständiges Frankreich gewesen. Hier musste Erinnerung wach werden, mussten die Lüge und der Mythos erst entlarvt werden. Ein weiterer wichtiger Unterschied wird deutlich: Während in Frankreich nach wie vor von „Erinnerungspflicht“ gesprochen wird, verwendet Deutschland vielfältige Termini, z. B. den der „Erinnerungskultur“. D. h., in Deutschland war die „Erinnerungsarbeit ein kollektiver Prozess [...], wohingegen sie in Frankreich lange Zeit über vom Staat und von den Historikern getragen wurde.“ (S. 308) Das Räderwerk des Verdrängens schien immer gut geölt. Erst recht den Holocaust und seine Aufarbeitung – so Schwarz – schob die gesamte internationale Gemeinschaft nach 1945 beiseite. Aber in der Bundesrepublik konnte es – spätestens seit Richard von Weizsäckers legendärer Rede und der Wehrmachtsausstellung – keine „Rückwärtsrevision des Geschichtsbildes“ (S. 269) mehr geben. Hier setzte Schwarz' ursprüngliche These an, dass eine falsche, verspätete oder sogar nicht erfolgte Aufarbeitung der Nazivergangenheit – die Autorin erläutert dies an der DDR (der Antifaschismus als Staatsdoktrin), an Österreich, Italien und Ungarn – die Ursprünge sowie das virulente

Wiedererwachen des Rechtsextremismus befördern: Wo diese Auseinandersetzung mit dem begangenen Unrecht vor Ort ausblieb, dort herrsche heute die größte Anfälligkeit für Populismus und Polarisierung. Insofern könnte das heutige Deutschland mit seiner zweifachen Diktaturvergangenheit „Bewahrer der Menschlichkeit“ (S. 413) sein. Doch die Journalistin Schwarz muss, ihre neuen Recherchen von 2018 bedenkend, konstataren, dass das rechtsnationale und illiberale Milieu mittlerweile selbst in der deutschen Gesellschaft und Politik wieder seinen Platz gefunden hat. Ihr Fazit: Triumphierten die Gedächtnislosen europaweit, dann wandelte sich dieser Kontinent „in ein kultur- und zivilisationszerstörendes Monster“. (S. 440) Schwarz' Zoom der Erinnerungen explodiert immer wieder in die deutsch-französisch-europäische Maximalität, wird Geschichtsbuch, Reportage und nostalgische Erzählung. Selten verliert sie ihren familiären Fokus aus dem Blick. Diese individuelle Geschichte – als Grundlage – vor der Folie der kollektiven zu erklären, ist das eine. Auch andere haben in letzter Zeit Bedeutendes dazu beigetragen (z. B. Nora Krug mit „Heimat“). Géraldine Schwarz hat demgegenüber die seltene Fähigkeit, ihre beiden Herkunftsländer aus der Innen- und Außensicht zu betrachten, was eine komparative, fast paritätische Betrachtung ermöglicht. So liest sich ihr „Lebensroman“ über die alten sowie die neuen Gedächtnislosen als ein eindringliches Vorbild gelungener Reflexion über die Relevanz des Individuellen im kollektiven Kontext und zudem als Beispiel für aufgeklärtes europäisches Denken.

Christian Schulz

Impressum

Herausgeber:

Dokumentationszentrum
KZ Oberer Kuhberg Ulm e. V.
Postfach 2066, 89010 Ulm
info@dzok-ulm.de
www.dzok-ulm.de
(dort Infos zur Mitgliedschaft)

Redaktion:

Isabell Gamperling, Nathalie Geyer,
Karin Jasbar, Annette Lein,
Mareike Wacha,
Dr. Nicola Wenge (verantwortlich)

Druck:

Schirmer Medien GmbH & Co. KG

Auflage:

1.500 Exemplare

Bezugspreis:

Mitteilungen des DZOK: 1 € / Heft

Rückmeldungen, Leserbriefe und Anregungen sind erwünscht. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Spendenkonto:

IBAN: DE02 6305 0000 0007 6490 62
SWIFT-BIC: SOLADES1ULM
Sparkasse Ulm

Sonderkonto „Stiftung“:

IBAN: DE98 6305 0000 0002 7207 04
SWIFT-BIC: SOLADES1ULM
Sparkasse Ulm

Veröffentlichungen des DZOK

DZOK-Manuskripte

Bd. 1: Ulmer Geschichtswerkstatt zur NS-Zeit (Hrsg.),
Die „Hitlerjugend“ am Beispiel der Region Ulm/Neu-Ulm. Ein Aspekt im Umfeld der „Weißen Rose“, 1942/43. Eine kommentierte Dokumenten- und Materialien-Sammlung. 6. Aufl., Ulm 2004, 170 S., 10 €

Bd. 2: Claudia Dauerer,
Alfred Moos, ein Ulmer Jude auf der Flucht vor dem NS-Staat. Ein Beitrag zur deutschen Emigration nach Palästina. 2. Aufl., Ulm 1995, 150 S., 8 €
Bd. 3: Silvester Lechner (Hrsg.),
Schönes, schreckliches Ulm. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in den Jahren 1940 bis 1945 in die Region Ulm/Neu-Ulm verschleppt worden waren. 2. Aufl., Ulm 1997, 420 S., 20 €
(zurzeit vergriffen!)

Bd. 4: Silvester Lechner,
Ulm im Nationalsozialismus. Stadtführer auf den Spuren des Regimes, der Verfolgten, des Widerstands. Ulm 1997, 120 S., 8 €
(zurzeit vergriffen!)

Weitere Veröffentlichungen

„... daß es so etwas gibt, wo man Menschen einsperrt ...“.
Das KZ Oberer Kuhberg bei Ulm. Ein Film von Bernhard Häusle und Siegi Jonas.

Silvester Lechner (Hrsg.):
Die Kraft, nein zu sagen. Zeitzeugenberichte, Dokumente, Materialien zu Kurt Schumachers 100. Geburtstag. Ulm (DZOK) 1995, 80 S., 10 € *(zurzeit vergriffen!)*

Markus Kienle:
Das Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am kalten Markt. Ulm (Klemm + Oelschläger) 1998, 220 S., 50 Abb., 10 €
(zurzeit vergriffen!)

Myrah Adams,
Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das KZ Oberer Kuhberg in Ulm, 1933–1935, Katalog zur Dauer Ausstellung 2001. Ulm 2002, 64 S., 138 Abb., 10 €

Markus Kienle:
Gotteszell – das frühe Konzentrationslager für Frauen in Württemberg. Die Schutzhaftabteilung im Frauengefängnis Gotteszell in Schwäbisch Gmünd. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2002, 90 S., 12 €
(zurzeit vergriffen!)

Vorstand Stiftung Erinnerung Ulm (Hrsg.):
Die Stiftung Erinnerung Ulm – für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde. Ihre Gründung, ihr Zweck, ihre Ziele. Ulm 2004, 64 S., 22 Abb., 10 €

Ulm/Neu-Ulmer Arbeitskreis 27. Januar (Hrsg.):
Als der Sport in Ulm 1933 nationalsozialistisch wurde ... Aufsätze und Dokumente. Manuskript; Ulm (DZOK) 2005, 68 S., 8 € *(zurzeit vergriffen!)*

Ulm/Neu-Ulmer Arbeitskreis 27. Januar (Hrsg.):
Łódź–Ulm–New Jersey. Die Geschehnisse der jüdischen Familie Frenkel, die 1938 aus Ulm vertrieben wurde. Manuskript; Ulm (DZOK) 2006, 72 S., 8 €

Hans Lebrecht:
Gekrümmte Wege, doch ein Ziel. Erinnerungen eines deutsch-israelischen Kommunisten. Herausgegeben von Silvester Lechner, Doku-Zentrum. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2007, 144 S., 30 Fotos, 19,80 €

Roman Sobkowiak:
Eindeutschungsfähig?! Eine polnisch-deutsche Biografie im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik. Herausgegeben von Silvester Lechner, Doku-Zentrum. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2009, 116 S., 60 Fotos, 19,80 €

Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V. (Hrsg.):
Ulm – die KZ-Gedenkstätte und der Nationalsozialismus. Festschrift zur Verabschiedung von Silvester Lechner in den Ruhestand. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2009, 184 S., 17,80 € *(zurzeit vergriffen!)*

Markus Heckmann:
NS-Täter und Bürger der Bundesrepublik. Das Beispiel des Dr. Gerhard Klopfer. Herausgegeben von Silvester Lechner und Nicola Wenge, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2010, 120 S., 19,80 €

Annette Lein/Nicola Wenge:
Jugendarbeit und Demokratieverziehung an KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Ein Leitfaden des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm für bürgerschaftlich getragene Erinnerungsorte, Ulm 2010, 40 S.

Oliver Thron:
Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“. Ein Gedenkbuch für die Opfer der NS-Militärjustiz in Ulm. Herausgegeben von Nicola Wenge, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2011, 84 S., 16,80 €

Regierungspräsidium Tübingen, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (Hrsg.):
„Württembergisches Schutzhaftlager Ulm“. Ein frühes Konzentrationslager im Nationalsozialismus (1933-1935). Informationen und Arbeitshilfen für den Besuch der Ulmer KZ-Gedenkstätte mit Schülerinnen und Schülern, Tübingen/Ulm, 2013, 125 S., 10 €

Marie-Kristin Hauke, Thomas Vogel:
Erinnern in Ulm. Demokratischer Neubeginn nach 1945 und Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus. Herausgegeben vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg e.V. und dem Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm + Oelschläger), 2014, 167 S., 14,80 €

Annette Lein/Nicola Wenge/Juliette Constantin:
„Was geht mich Eure Geschichte an?“. Interkulturelle Materialien für den Besuch der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm mit Schülerinnen und Schülern. Ulm 2015, 44 S. + DVD.

Ulrike Holdt:
Das materielle Erbe der Zeitzeugen sichern – Informationen und Anleitungen zur Archivarbeit in Gedenkstätten am Beispiel des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm. Ulm: DZOK 2015, 66 S.

Ingo Bergmann:
1938. Das Novemberpogrom in Ulm – seine Vorgeschichte und Folgen. Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm: Klemm+Oelschläger 2018. 14,80 €

Bestellung und Versand (zusätzlich Versandkosten) sind auch über das DZOK möglich!

DZOK-Veranstaltungen Sommer/Herbst 2019

Ulmer Geschichte zum Anfassen:

Die KZ-Gedenkstätte im Fort Oberer Kuhberg

Öffnungszeiten der Gedenkstätte für Einzelbesucher*innen:
sonntags 14-17 Uhr
Führung durch Dauerausstellung und Gelände: sonntags 14.30 Uhr
Mehr Infos unter www.dzok.de und im Flyer.

Gruppen-/Klassenbesuche

sind nach Vereinbarung (mindestens zwei Wochen vorher) jederzeit möglich.
Gebühr für die Führung: 40 €
Eintritt: 2 € / 0,50 €

Anmeldung

über das Büro des DZOK,
Büchsenstraße 13, 89073 Ulm
Tel. 0731/21312, Fax 9214056
info@dzok-ulm.de

Mitarbeiter*innen:

Dr. Nicola Wenge (Leiterin),
Annette Lein, Josef Naßl, Katja Hamm,
Nathalie Geyer, Mareike Wacha

Bürozeiten:

Mo-Do 9-17 Uhr, Fr 9-13 Uhr

Wanderausstellung

„Man wird ja wohl noch sagen dürfen“: zum Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache

Ausleihe über das DZOK-Büro.

Dienstag, 25. Juni 2019

Club Orange, EinsteinHaus, 20 Uhr
Manipulation und Hass im Netz. Gestalt, Wirkung und Präventionsmöglichkeiten

Vortrag von Dr. Josephine Schmitt (LMU München), Eintritt: 6 €
In Kooperation mit der vh Ulm

Sonntag, 30. Juni 2019

KZ-Gedenkstätte, 14 Uhr

Festival contre le rascisme

Führungen durch den historischen Ort in Deutsch und Englisch (parallel)

Samstag, 6. Juli 2019

Museum „Hotel Silber“, 14.30 Uhr

DZOK-Exkursion

Führung mit Prof. Dr. Lutum-Lenger

Teilnahme nur nach Anmeldung

(bis spätestens 28. Juni 2019)

info@dzok-ulm.de bzw. 0731/21312

Gemeinsame Anreise mit der Bahn ist geplant.

Freitag, 12. Juli 2019

Club Orange, EinsteinHaus, 17 Uhr

Mitgliederversammlung des DZOK

Mit Vorstandswahlen

Interessierte sind herzlich willkommen!

Sonntag, 1. September 2019

Europäischer Tag der jüdischen Kultur

Weinhof, 11-13 Uhr

Jüdisches Ulm vom Mittelalter bis zur Gegenwart

Stadtrundgang mit Dr. Nicola Wenge

Anmeldung bis 30.08.2019, 13 Uhr (info@dzok-ulm.de bzw. 0731/21312), Beitrag: 5 €

Synagoge 14-15.30 Uhr

Synagogenführung

mit Rabbiner Shneur Trebnik

Anmeldung unter irgw.ulm.synagogenfuehrung@gmail.com. Bitte Personalausweis mitbringen.

Samstag, 7. September 2019

KZ-Gedenkstätte, 13-17 Uhr

Tag des offenen Denkmals

Präsentation von Zeitdokumenten mit Spurensuche

Sonntag, 8. September 2019

11-18 Uhr

Führungen durch die Gedenkstätte

Samstag, 14. September 2019

KZ-Gedenkstätte, 15-18 Uhr

Kulturnacht

Führung und musikalische Beiträge von Bene Büchler

Donnerstag, 26. September 2019

Büchsenstraße 13, 19 Uhr

„Als das Boot zur Galeere wurde“: Über KZ-Zwangsarbeit von jüdischen Frauen und Mädchen aus Łódź und Umgebung für die WMF in Geislingen

Sybille Eberhardt liest aus ihrem Buch

Sonntag, 27. Oktober 2019

Landgericht, 11 Uhr

Einweihung des Erinnerungszeichens

Am Landgericht wird das Gedenkzeichen für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden eingeweiht. In Kooperation mit Land, Stadt und Landgericht

Mittwoch, 30. Oktober 2019

Stadthaus, 19 Uhr

Präsentation des neuen Gedenkbuchs

Dr. Gudrun Silberzahn-Jandt (Esslingen) stellt das neue Gedenkbuch für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden vor

Weitere Informationen zum umfangreichen Begleitprogramm zum Erinnerungsprojekt für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden von Oktober 2019 bis Januar 2020 finden Sie auf unserer Webseite www.dzok-ulm.de und im Veranstaltungsflyer!

Samstag, 9. November 2019

Weinhof, 19 Uhr

Gedenken an den Novemberprogramm – auch in Ulm

Gedenkfeier der DIG und der Stolpersteininitiative

Weitere Termine entnehmen Sie bitte der Tagespresse, unserem Newsletter oder der Website www.dzok-ulm.de!

Diese Nummer der Mitteilungen wird mit unten stehenden Anzeigen gefördert von:

Braun Engels Gestaltung

Sedanstraße 124, 89077 Ulm
Tel. 0731-140073-0
www.braun-engels.de

CDU-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0731-61 8220
www.cdu-fraktion-ulm.de, cdu.fraktion@ulm.de

Dörner Elektrotechnik GmbH

Kohlgasse 31, 89073 Ulm
Tel. 0731-96690-0; Fax: 0731-96690-33
info@doerner-ulm.de; www.doerner-ulm.de

Engel-Apotheke Ulm

Apotheker Timo Ried
Hafengasse 9, Tel. 0731-63884

FDP-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0731-161 1094
www.fdp-fraktion-ulm.de, fdp@ulm.de

FWG-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

0731-618852, 0731-161 1095
www.fwg-ulm.de

Grüne Fraktion Ulm

Tel. 0731-161-1096, www.gruene-fraktion-ulm.de
gruene-fraktion@ulm.de

Kulturbuchhandlung Jastram

Am Judenhof, Tel. 0731-67137
info@jastram-buecher.de

protel Film & Medien GmbH

Münchner Straße 1, 89073 Ulm
Tel. 0731-9266444
info@protel-film.de, www.protel-film.de

Rechtsanwälte Filius-Brosch- Bodenmüller und Kollegen

Münchner Straße 15, 89073 Ulm
Tel.: 0731-96642-0; Fax: 0731-96642-22
info@kanzlei-filius.de

Schirmer Medien GmbH & Co. KG

Boschstraße 16, 89079 Ulm
Tel. 0731-94688-0
info@schirmer-druck.de www.schirmer-druck.de

Sparkasse Ulm

Hans-und-Sophie-Scholl-Platz 2, 89073 Ulm
Tel. 0731-101-0, kontakt@sparkasse-ulm.de

SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 921 7700
spdfraktion@ulm.de, www.spd-ulm.de

Unterstützen Sie das Ulmer DZOK! Werden Sie Mitglied!

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e. V.
– KZ Gedenkstätte –, Postfach 2066, 89010 Ulm
Beitrittserklärung und Bankeinzugsermächtigung

.....
Name und Vorname

.....
Straße und Hausnummer

.....
PLZ und Wohnort

.....
eMail

.....
IBAN

Mit dem Einzug meines Mitgliedsbeitrags in Höhe von

€

.....
im ersten Quartal des jeweiligen Kalenderjahrs von
meinem Konto mittels Lastschrift bin ich einverstanden.
Das SEPA-Lastschriftmandat kann durch schriftlichen
Widerruf beendet werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt
mindestens 35€ (für Arbeitslose, Schüler*innen,
Studierende, Rentner*innen 15€) im Kalenderjahr.

.....
Datum, Unterschrift

Empfangsbekanntnis zum Datenschutz:

Ich hatte die Möglichkeit, die Datenschutzhinweise des
DZOK unter www.dzok-ulm.de/Datenschutz oder in der
Geschäftsstelle Büchseengasse 13, 89073 Ulm einzusehen;
sie wurden mir auch in Papierform angeboten.

.....
Datum, Unterschrift